

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

www.schweizerzeit.ch | 42. Jahrgang, Nr. 12, Freitag, 11. Juni 2021

Die Schweiz als Täterparadies

2

Keep calm and carry on

12

Die Schweiz bleibt die Schweiz

14

Bundeshaus ohne EU-Fahne
Bild: Hedi Bussmann, Ittigen BE



Verfehlte Revision des Strafgesetzes

Die Schweiz als Täterparadies

von Barbara Steinemann, Nationalrätin, Watt/Regensdorf ZH

Bei der Revision des Schweizerischen Strafgesetzbuches StGB im Jahre 2007 wurde eine falsche, täterfreundliche Richtung eingeschlagen. Seither geht unser Strafrecht unglaublich nachsichtig mit Tätern um.



Im Hochsommer 2016 tippt eine 19-Jährige während ihrer Autofahrt eilig SMS in ihr Natel und erfasst dabei mit ihrem BMW eine Spaziergängerin. Das Opfer wird auf die Frontscheibe geschleudert, Ober- und Unterarm sind mehrfach gebrochen, der eine Oberschenkel wird zerfetzt und muss später amputiert werden. Um einem Alkohol- und Drogentest zu entgehen, fährt die Täterin einfach weiter und stellt sich erst zwei Tage später der Polizei.

Der Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Thurgau liest sich für das Opfer wie ein Hohn. Für die fahrlässige Körperverletzung, Fahrerflucht und Vereitelung eines Alkohol- und Drogentests kommt sie mit einer Busse von 1'200 Franken sowie einer bedingten Geldstrafe von 4'500 Franken auf Bewährung davon. Letzteres wird nur fällig, wenn die Unfallverursacherin in ihrer Probezeit eine strafbare Handlung begeht.

Seit der grossen Revision des Strafgesetzbuches (StGB) von 2007 ist das Schweizer Strafrecht unglaublich nachsichtig mit Tätern – und Richter und Staatsanwälte mildern es noch weiter ab. Zur Milde kommt Widersinn: Wer sein Geschäftsauto mit zu viel Gewicht belädt, kriegt eine Busse von 4'500 Franken, die er auf jeden Fall zahlen muss, Probezeit und Eintrag im Strafregister inklusive. Wer hingegen schwer delinquent, Kinder sexuell belästigt, Polizisten verletzt oder Raubüberfälle begeht, läuft – abgesehen von einem Eintrag im Strafregister und einer zwei- bis fünfjährigen Pro-

bezeit – ohne Einschränkung seiner Finanzen und Freiheit aus dem Gerichtssaal.

Unsere Straftaten sind in drei Schweregrad-Kategorien klassifiziert, nämlich *Übertretungen* als leichte Delikte, *Vergehen* als mittelschwere Tatbestände und *Verbrechen* als schwere Straftaten. Die StGB-Revision 2007 hat es mit sich gebracht, dass bei den Übertretungen die Strafe immer, also unbedingt, vollzogen wird. Insbesondere bei Verkehrsdelikten handelt es sich in der Regel um Übertretungen. Bei den mittelschweren und schweren Tatbeständen wird eine Geld- und eine Freiheitsstrafe – meist mit einer kurzen Probezeit von zwei bis fünf Jahren auf Bewährung – ausgesprochen. Ein Rechtsbrecher geht so trotz gerichtlicher Verurteilung straffrei aus.

Kuscheljustiz mit Täterperspektive im Fokus

Dieses Sanktionensystem entzieht sich der Logik, mit bequemen Folgen für die Täter: Mit dem Inkrafttreten der Revision von 2007 und dem Humanisierungseffekt haben sich die zwingenden Freiheitsstrafen praktisch halbiert, obwohl weder eine neue Rechtstreue noch eine geringere Brutalität zu verzeichnen gewesen wären. Für einzelne Deliktskategorien ist das Verhältnis noch täterfreundlicher ausgefallen: 1984 kassierten 32,5 Prozent der Gewaltstraftäter eine unbedingte Freiheitsstrafe, 2007 büssten nur noch 12,6 Prozent aller Gewaltstraftäter ihre Freiheit ein. Fazit: Nur Schwerekriminelle wandern in der Schweiz ins Gefängnis.

Bei einem Ersttäter bleibt es damit bei einer Mahnung vom Richter oder Staatsanwalt, er hat etwas Schere-reien mit den Behörden, mehr nicht. Aber Ärger mit den Behörden gibt's unter Umständen auch, wenn Sie

BE Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

**Negativzinsen!
Und jetzt?**

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelrainstrasse 15 | CH-8302 Kloten
T +41 (0)44 815 59 01 | benno@ehrenspergerpartner.ch

Jos. Rüetschli

Heizöl - Diesel - Petrol
Kohlen - Brikette - Brennholz
Spezial-Grillkohle
Altstoff-Recycling

4542 Luterbach Telefon 032 682 43 02 Natel 079 631 46 65

eine Baubewilligung verlangen oder auf einen pedantischen Steuervogt im Steueramt treffen. Und so hat denn auch schon der eine oder andere Verbrecher diese reine Administrativstrafe als verkappten Freispruch aufgefasst, insbesondere dann, wenn er wirtschaftlich, beruflich und sozial wenig zu verlieren hat. Man fragt sich schon fast zynisch, ob Polizei und Justiz wirklich so viele Ressourcen einsetzen sollen, wenn man sich die geringen Folgen vor Augen führt. Delinquenz geht aber immer mit Unrecht einher, und man kann sich unschwer vorstellen, was in einem Opfer vorgeht, wenn Vergewaltiger, Schläger, Betrüger und Peiniger mit einem erleichterten Lächeln den Gerichtssaal verlassen.

Aufschub der Strafen als heilpädagogisches Mittel

Dahinter steckt der sozialromantische Gedanke, Ersttäter würden Reue und Einsicht zeigen, den Schuss vor den Bug von der Staatsgewalt schon verstehen und der kriminellen Energie abschwören. Von 2007 bis 2017 wurden 1'257 Schuldsprüche wegen Vergewaltigung gefällt, aber nur 622 davon wurden zu einer unbedingten Freiheitsstrafe und 278 zu einer kurzen Gefängnisstrafe verurteilt, der Rest kam mit einer bedingten Strafe davon. Das heisst, 28 Prozent der Vergewaltiger kamen um einen Gefängnisaufenthalt herum, weil der Gesetzgeber und die Richter befanden, der Gerechtigkeit sei mit einer blossen staatlichen Ermahnung Genüge getan.

LACHEN VERBOTEN!

1967 an der Kantonsschule Winterthur. Der begnadete Geschichtslehrer Dr. Ernst Wälti, der in der Maturazeitung zum beliebtesten Lehrer erkoren wird, hat uns einen geschichtlichen Sachverhalt geschildert und stellt einem Schüler dazu eine Frage. Dieser zögert und beginnt die Antwort mit «Ich denke...» – «Stopp!» ruft Wälti sogleich. «Mehr will ich gar nicht wissen. Es genügt mir, dass Sie denken!»

hf



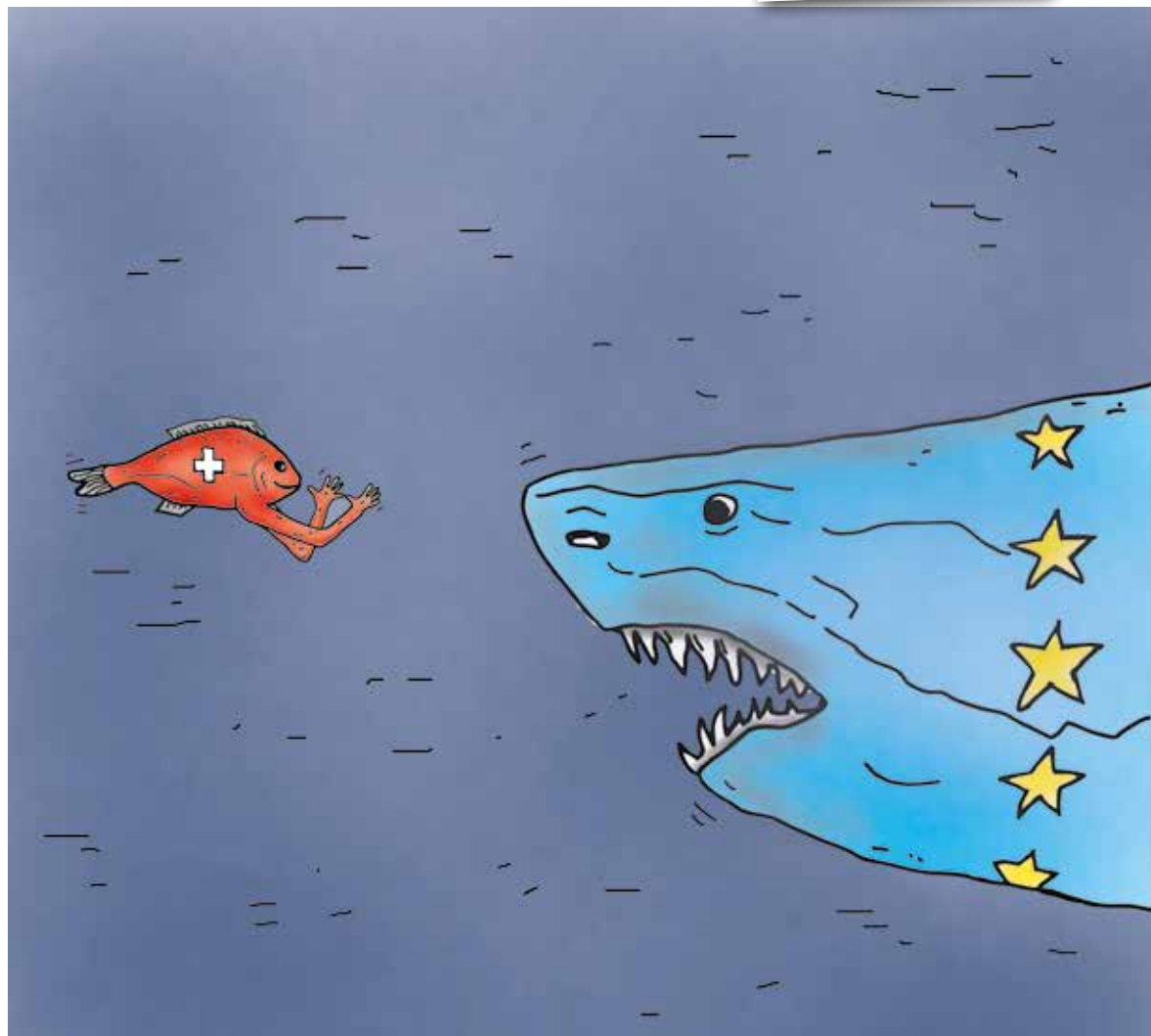
Wenn wir Täter schonen, machen wir weitere Opfer möglich, wie das Beispiel des Mörders der Sozialtherapeutin Adeline aus dem Kanton Genf zeigt: Er hatte 1999 für seine erste Vergewaltigung eine bedingte Strafe von achtzehn Monaten erhalten. Das sei ihm damals, höhnte er vor dem Genfer Gericht, selber sehr milde erschienen und «fast ein Freipass zum Weitermachen» gewesen. 2001 vergewaltigte er in Frankreich ein zweites Mal. Seine kurze neue Freiheit im Rahmen eines Resozialisierungsversuches nutzte er 2015 umgehend dazu, seiner Therapeutin die Kehle durchzuschneiden.

Insbesondere schwere Körperverletzungen, bei denen das Opfer stets bleibende Schäden zu beklagen hat,

Fortsetzung auf Seite 5

Der historische
26. Mai 2021

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

sind von 1984 bis heute um den Faktor 5,3 gestiegen. Doch die Erhöhung der Mindeststrafe von sechs Monaten auf ein Jahr Freiheitsstrafe, die der Nationalrat letzte Woche im Rahmen der StGB-Revision beschlossen hat, ist keine wirkliche Strafverschärfung, wird doch eine Freiheitsstrafe bis zwei Jahre stets aufgeschoben. Auch die Gewalt gegen Behörden und Beamte verzeichnet eine Zunahme bezüglich Anzahl und Brutalität, doch auch diese Neuerung kann nicht wirklich als Verschärfung bezeichnet werden: Das Mindest-Strafmass für den Angriff gegen Polizisten und andere Staatsdiener beträgt statt 30 neu 120 Tagessätze Geldstrafe. Da jedoch bis 180 Tagessätze die Geldstrafe in aller Regel bedingt ausgesprochen wird, befinden wir uns im Bereich der theoretischen Sanktionen. Eine Strafjustiz, die nicht mehr straft, beleidigt das Gerechtigkeitsempfinden der Leute.

Die Linke als Vertreterin der Täter-Interessen

Durch die «MeToo»-Bewegung und die feministischen Aufschreie der letzten Jahre könnte der Eindruck entstanden sein, das Problembewusstsein, gegen sexuelle Belästiger vorzugehen, sei gestiegen. Doch die Linken haben für das Strafbedürfnis der Öffentlichkeit kaum mehr als Verachtung übrig. Einer Parlamentarischen Initiative von Natalie Rickli, wonach jeder Vergewaltiger zwingend ins Gefängnis muss, stimmten bloss SVP, FDP und CVP zu. SP, Grüne und GLP lehnten sie ab. Um die Opfer kümmern sich dann die Linken wieder, wenn sie Geld aus der Opferhilfe verteilen, neue Sozialarbeiterstellen schaffen oder pauschal die Männer anprangern können.

Die Revision des Sexualstrafrechts wird vom Parlament erst später beraten, und es ist jetzt bereits absehbar, dass Frauen- und Kinderschänder Richtung Therapie- und Besserungsanstalten getrieben werden und weniger an einem Instrumentarium an Vergeltungs- und Abschreckungscharakter interessiert sind. Unser sozialliberalisiertes Strafrecht hat den Vergeltungsgedanken sehr weit zurückgedrängt und sich der Prävention und Resozialisierung verschrieben.

Barbara Steinemann



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
 Inserate-Akquise
 SVP-Delegierter
 AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

EU-Arroganz tötet Demokratie



Der Ausverkauf eidgenössischer Eigenständigkeit an Brüssel findet nicht statt. Während dreissig Jahren unbeugsam aufrecht erhaltenen Widerstands gegen entsprechende Bereitschaft in Bundesbern brachte selbst den Bundesrat zur Einsicht, dass die Schweizerinnen und Schweizer nie akzeptieren würden, am Katzentisch der EU-Kommission von Direkter Demokratie nur noch träumen zu können.

Jene, die sich angesichts der durchkreuzten Souveränitäts-Abtretung als Geschlagene fühlen, mobilisieren in ihrem Frust jetzt Ausländer, auf dass sie den Schweizern gehörig die Leviten lesen ob der den Eidgenossen abgehenden «Weltoffenheit». Frau Bundestagsabgeordnete Katja Leikert (CDU) setzt sich via Tagesanzeiger mit erhobenem Zeigefinger in Szene, den Schweizerinnen und Schweizern gebieterisch zurend, nicht länger «jedes Gebell der SVP» zu honorieren. Wenn auch etwas zurückgeblieben, sollten sich die Schweizer stattdessen den «globalen Megatrends» öffnen – mit der EU sich in die Frontstellung gegen China und Russland einreihen, mittels Energiewende den Klimawandel bezwingen und das «internationale Wertesystem» stärken. Mit solch grossen Worten belehrt die Deutsche, ihre Gesinnung konsequent an den Megatrends ausrichtend, die einfältigen Hirtenknaben.

Spalte
rechts

Was hat denn eigentlich die EU beigetragen ans «internationale Wertesystem»? Weil Brüssels Classe politique die «gewöhnlichen Bürger» als «überfordert» einstuft, hat die EU-Elite den Euro als «Einigungsprojekt» an jeder Demokratie vorbei durchgestiert – und damit ganz Südeuropa in heillose Krise, in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt. Kaum mehr bewältigbare Überschuldung mehrerer EU-Mitgliedländer, auch Frankreichs und Italiens resultierte daraus. Allein mittels Zinsnullungspolitik und vertragswidriger «Schuldenvergemeinschaftung» konnten diese Länder vor dem Bankrott bewahrt werden. Zinsnullung aber ist skrupellose Sparer-Beraubung, Mittelstands-Zerstörung.

Und auch die bodenlose Finanzlöcher hinterlassende Masseneinwanderung geschah vollständig an der Demokratie vorbei; sie wurde von Mutti Merkel einfach verfügt.

«Globale Megatrends»: Darauf ausgerichtet zerstört Brüssels Classe politique die Demokratie, erstrangige Errungenschaft des Abendlands. Ein Glück, dass die Schweiz davon ferngehalten werden kann.

Ulrich Schlüer

Danke!

Wir danken allen Schweizerzeit-Leserinnen und -Leser für den gemeinsamen Kampf gegen die EU-Anbindung. Das institutionelle EU-Rahmenabkommen ist nach langer Aufklärungsarbeit vom Tisch – vorläufig.

Wachsamkeit stärken



Die institutionelle Auslieferung (Anbindung) der Schweizer Gesetzgebung, direkten Demokratie und Gerichtsbarkeit an die EU-Kommission und den EU-Gerichtshof ist nicht vom Tisch.

Die Schweizer EU-Turbos ruhen nicht, bis sie unsere Freiheit dem EU-Zentralismus geopfert haben.

Deshalb: Halten wir uns für die nächsten Auseinandersetzungen bereit.

Seit 35 Jahren setzt sich die überparteiliche Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) für die Unabhängigkeit und Neutralität der Eidgenossenschaft ein.

Weiter gilt es, EU-Anbindung und UNO-Aktivismus zu stoppen.

Jetzt Mitglied werden

(45 Fr. Jahresbeitrag):



**AUNS
ASIN
ASNI**
www.auns.ch



Telefon: 031 356 27 27, info@auns.ch

Unvollständiges Bundesbüchlein

Skurrile Zeiten, skurrile Gesetze

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Im Abstimmungsbüchlein, das Sie kürzlich erhalten haben, sind die Erläuterungen in wesentlichen Punkten unvollständig bis falsch. Zudem stimmen wir über ein Gesetz ab, das bereits in Kraft ist.



Beispielsweise steht im Abstimmungsbüchlein auf Seite 41, dass es «nicht um das Impfen» gehe. Art. 3a des Gesetzes handelt aber von «geimpften Personen», die nicht in Quarantäne müssen.

Artikel verloren gegangen

Im Covid-19-Gesetzestext im Bundesbüchlein sind noch weitere Artikel «verloren gegangen». Zum Beispiel Art. 1a. In diesem Artikel wird bestimmt, der Bundesrat könne «Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen und Erleichterungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens» festlegen. Auch der Artikel 2bis, in dem es um Vorgaben zu «Subsidiarität, Wirksamkeit und der Verhältnismässigkeit» geht, fehlt im roten Büchlein. Beide Artikel sind sehr wichtig, werden aber vom Bundesrat mit keiner Silbe erwähnt. Bereits am 5. Mai hat deshalb SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor den Bundesrat gefragt, ob die Schweizer mit den Abstimmungserläuterungen über das Covid-19-Gesetz getäuscht würden.

Schon gedruckt?

Fairerweise muss man sagen: Abgestimmt wird nur über den Gesetzestext vom 25. September 2020, gegen den das Referendum zustande gekommen war; die nachträglichen Ergänzungen (z.B. die drei erwähnten «verlorenen» Artikel) müssten mit separatem Referendum bekämpft werden. Oder doch nicht? In der «Arena» erklärte Pandemie-Diktator Berset jedenfalls, bei einem Nein würden auch die nachfolgenden Verschärfungen dahinfliegen. Also geht es in der

Abstimmung doch um die «vergessenen» Anpassungen, welche das Parlament verabschiedete, als das Bundesbüchlein angeblich schon gedruckt war. Wir stimmen also über etwas ab, das Sie nicht lesen konnten.

Terrorgesetz?

Der Bundesrat hat damit seine Pflicht zur vollständigen, korrekten und transparenten Information verletzt. Das weitgehende Verbot von Demonstrationen gegen die Corona-Massnahmen bzw. gegen das Covid-19-Gesetz hat zudem den Meinungsbildungsprozess vor der Abstimmung ausgehebelt. Bei der Abstimmung zum «Terrorgesetz» behauptete der Bundesrat im Hinblick auf terroristische Gefährdungen sodann m. E. falsch und irreführend, dass die Polizei in der Regel erst einschreiten könne, wenn eine Person eine Straftat begangen habe. Damit wird unterschlagen, dass bereits heute ausreichende präventive Interventionsinstrumente zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Verfügung stehen.

Flut von Beschwerden

In diversen Kantonen sind daher Abstimmungsbeschwerden betreffend das Covid-19-Gesetz und/oder das PMT-Gesetz eingereicht worden. So hat Prof. Paolo Bernasconi zusammen mit neun ehemaligen Staatsanwälten Beschwerde erhoben. Ebenso haben dies in Schwyz 38 Personen und im Kanton Thurgau mehrere Rechtsanwälte sowie fünf Kantonsräte aus SVP, EDU und SP, darunter auch der Schreibende, getan. Das Bundesgericht muss nun entscheiden. Aber sagen kann man jetzt schon: Auch ein angeblicher Notstand rechtfertigt die Art nicht, wie hier Gesetze gemacht wurden.

Hermann Lei

Wohnung gesucht ...

Pensionierte Lehrerin
sucht 3-Zimmer-Wohnung (mit Lift)
in Binningen / BL

» 061 421 28 62

» ursula@rippert.ch

Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter

Bösiger

041 761 99 27
www.malerboesiger.ch

50-Jahr-Jubiläum

Leserbriefe

Herzliche Gratulation

Herzliche Gratulation der «Schweizerzeit» zum grossartigen Finale gegen das Rahmenabkommen. Alle Schweizerzeit-Leute haben in den vergangenen Monaten und Jahren dagegen gekämpft und nun endlich gewonnen. Christoph Blocher und Ueli Schluer hatten damals den Kampf gestartet. Endlich hat es sich gelohnt!

Elisabeth Ulrich, Seuzach ZH

Anti-Terror-Gesetz – ein Rohrkrepierer?

Mit dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT), auch Anti-Terror-Gesetz genannt, würde unsere Freiheit massiv eingeschränkt. Ich stelle nicht infrage, dass die Polizei eine rechtliche Grundlage braucht, um präventive Massnahmen gegen allfällige terroristische Anschläge ergreifen zu können. Im Schweizer Strafrecht sind jedoch Vorbereitungshandlungen zu Gewaltverbrechen schon heute strafbar. Mit dem PMT würde die Terrorismus-Definition stark ausgeweitet. Neben Islamisten könnten auch unliebsame Bürger, Politiker, Journalisten, Staatskritiker, Klima-Aktivisten und sogar Kinder ab zwölf Jahren als Terroristen gelten. Um eine terroristische Aktivität zu begehen, würde es ausreichen, wenn jemand (so steht es wörtlich im Gesetz) «Furcht und Schrecken» verbreitet. Konkret: Sobald jemand den politischen Diskurs in der Schweiz mit Angstmache beeinflusst, kann er gemäss PMT bereits auf die Terrorliste gesetzt werden. Drunter fallen könnte z.B. auch die Warnung vor ungezügelter Einwanderung und damit vor erhöhter Ausländerkriminalität. Zu einem solchen Gesetz sage ich als SVP-Sympathisant und Auns-Mitglied entschieden Nein!

Martin Bracher, Beinwil AG

CO₂ – die unsichtbare Energie

Unser Land arbeitet seit vielen Jahren für eine saubere Umwelt. Dazu braucht es Tag und Nacht Energie. Spitzenverbraucher ist der öffentliche Verkehr. Energie braucht man aber auch für die Herstellung von sogenannten umweltfreundlichen Produkten wie

beispielsweise E-Autos. Sowohl die Herstellung als auch die Entsorgung der Batterien braucht sehr viel Energie. Ebenso braucht es Energie für hunderttausende Handys, Computer, für tausende Ladestationen für E-Mobile u.v.a. Woher nehmen wir die benötigte Energie, wenn die Wasserkraftwerke und die beiden KKW den Bedarf nicht mehr decken können? Die Schweiz braucht mehr saubere Energie aus modernen und sicheren KKW. Das CO₂-Gesetz bringt hingegen sehr hohe Kosten, aber keinen Nutzen für das Klima. Darum am 13. Juni: Nein zu diesem unseligen Gesetz!

Richard Schmid, Niederglatt ZH

Innovationen und Anreize statt Abzockerei!

Warum der Klimawandel nicht mit dem CO₂-Gesetz aufgehalten werden kann, sei nachstehend aufgezeigt: 1. Die Schweiz hat 0,1 Prozent Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoss. Senkt man diesen auf Null, so ändert sich sowohl am Klima in der Schweiz als auch global rein gar nichts! 2. Unser Land hat schon seit Jahren die höchste CO₂-Abgabe der Welt; bei einem Ja am 13. Juni würden auf jeden Liter Heizöl rund 60 Rp. draufgeschlagen. 3. Ich bin durchaus für einen Wechsel zu erneuerbaren Energien, aber dieser muss sukzessive und mit Anreizen erfolgen, statt mit hohen Zwangsabgaben und Verboten. 4. Die Batterien der vermeintlich CO₂-neutralen Elektroautos werden oft aus Kohlestrom hergestellt. 5. Ein Energienotstand in nicht allzu ferner Zukunft ist in der Schweiz nicht auszuschliessen. Fazit: Nein am 13. Juni zu sozialistischer Plan- und Zwangswirtschaft und stattdessen Ja zu klugen, zukunftsweisenden Innovationen im Energiesektor!

Robert Furrer, Oberkirch ZG

Rauchende Kamine und Auspuffrohre

Die Befürworter des CO₂-Gesetzes agieren oft mit Bildern, die einen rauchenden Kamin oder einen rauchenden Auspuff zeigen, um das CO₂ darzustellen. In jedem Chemiebuch ist jedoch nachzulesen, dass das CO₂ durchsichtig ist! Sichtbar sind z.B. Stickstoffdioxid oder Schwefeldioxid. Da will man offensichtlich das Volk für dumm verkaufen. Gleichzeitig will man die Leute abzocken mit erhöhten Gebühren bzw. Steuern bei Benzin,



**Murmeltiersalbe
von Exmonte**
– Preis-Leistungs-Sieger

exmonte@bluewin.ch
www.exmonte.ch
062 875 27 40



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Diesel, Heizöl, Gas und mit verteuerten Flugbilletten. Wir sollen also zahlen für nichts. Es ist wie im Märchen «Des Kaisers neue Kleider», wo der Kaiser auch sehr viel Geld bezahlt für ein Kleid, das gar nicht existiert. Darum Nein zum unsinnigen CO₂-Gesetz.

Siegfried Heim, Stein AG

Das Volk wird angelogen

Bundesrätin Sommaruga behauptet, wir würden mit dem Ja zum CO₂-Gesetz die CO₂-Belastung von 1 Promille (!) des weltweiten Ausstosses auf die Hälfte reduzieren und damit die Gletscher und das Klima retten. Tatsache ist: Mit diesem Gesetz würde unsere ohnehin teure Schweiz (insbesondere dank Masseneinwanderung!) noch mehr zur Hochpreis-Insel. Noch mehr Arbeitsplätze und ganze Fertigungsketten würden in billigere Länder ausgelagert. Die gewaltige Belastung unseres Landes durch die Milliarden-Kosten «dank» dem CO₂-Gesetz wäre also kontraproduktiv, und wir würden das Gegenteil erreichen: noch mehr CO₂-Ausstoss wegen der Verlagerung der Produktion in die Billiglohnländer. Denn letztere sind bezüglich CO₂-Belastung echte Dreckschleudern.

Willy Schmidhauser, Dettighofen, TG

Nein zu Schwächung der Landwirtschaft

Am 13. Juni stimmen wir über zwei Agrar-Initiativen ab. Da einer unserer Enkel in wenigen Wochen die Lehre als Landwirt in Angriff nehmen wird, haben wir uns mit diesen Abstimmungen näher auseinandergesetzt. Es ist klar: Bei einer Annahme der Initiativen würde der Selbstversorgungsgrad mit schweizerischen Nahrungsmitteln erheblich sinken, und unsere Eigenproduktion würde massiv verteuert. Immer



Jetzt weiss ich, was die Grünen mit dem Kohleausstieg meinen!

(zugesandt von Anian Liebrand)

mehr Lebensmittel würden vom Ausland importiert und im Ausland eingekauft – mit zum Teil bedenklichen Produktionsstandards. Klar ist auch, dass unsere Löhne und der Tierschutz unter Druck kämen und dass der CO₂-Ausstoss wegen langer Transportwege noch zunehmen würde. Ebenso würden Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren gehen. Ein doppeltes Nein hilft unserer Landwirtschaft und auch der breiten Bevölkerung.

Idy und Kurt Streil-Marti, Diessenhofen TG

Weltuntergang?

Nun wird der Weltuntergang gepredigt, weil die Schweiz allenfalls von EU-Forschungsprogrammen ausgeschlossen werden könnte. Die EU-Forschung brillierte bis jetzt vor allem durch ihre perfekte Bürokratie. Von nützlichen Ergebnissen hört man hingegen nichts. So hat die EU-Forschung zum Beispiel kein einziges Covid-19-Medikament und keinen einzigen Covid-19-Impfstoff hervorgebracht. Ich bin sicher, dass unsere Forschung besser wird, wenn wir die Gelder in der Schweiz investieren, statt sie nach Brüssel zu senden.

Max Salm, Umiken AG

Gutes und schlechtes CO₂



Unter dem Titel «Wärme aus dem Wald» wird wiederholt behauptet, CO₂ könne eingespart werden, wenn Gas- und Ölheizungen durch Holzheizungen ersetzt würden. Nach dieser Logik ist CO₂ aus Holz gut und jenes aus Erdöl oder Erdgas schlecht, weil bei der Holzverbrennung das freigesetzte CO₂ aus der Atmosphäre stamme und an diese zurückgegeben werde. Und das CO₂ aus Erdöl? Kommt das etwa vom Mars? Natürlich nicht, sondern aus den gleichen Naturkreisläufen wie beim Holz: aus Meeren und der Atmosphäre.

Brennholz wird häufig gar nicht besteuert, nicht einmal zum Mehrwertsteuersatz, während der Steuerzuschlag auf Erdöl rund ein Drittel beträgt. Bei den ebenfalls verteuerten fossilen Treibstoffen Diesel und Benzin besteht mehr als die Hälfte des Preises aus Steuern. Diese Steuerbelastungen sollen gemäss CO₂-Gesetz massiv steigen.

Dafür stinken Holzheizungen und belasten die Umwelt mit Feinstaub, im Unterschied zu modernen Ölheizungen. Elektroautos sind in der Energiebilanz viel schlechter als moderne Diesel- oder Benzinfahrzeuge. Die Herstellung und Entsorgung der Batterien ist sehr energieintensiv.

Unsere ganze Energiewende geht in die falsche Richtung, weil sie nicht zu Ende gerechnet ist und auf naturromantischen Schwärmereien und falschen Prämissen basiert. Unsere ökologische Effizienz steigt laufend ohne Staatseingriffe – durch freien Wettbewerb und Innovationen.

Eigentliche Ursache der Umweltprobleme und des globalen CO₂-Anstiegs ist die Überbevölkerung – mit einem Anstieg von zwei Milliarden in den nächsten zwanzig Jahren. Wir sollten unsere Steuergelder zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels einsetzen statt für eine untaugliche Steuer-, Verbots-, Subventions- und Vorschriftenwirtschaft.

Markus Eckstein, Goldach SG

Schluss mit rot-grüner Bevormundung:

Am 13. Juni

3x NEIN



Weil **CO₂-Gesetz** sowie **Trinkwasser-** und **Pestizid-Initiativen** der Landwirtschaft **schaden!**

Darum auch NEIN zum CO₂-Gesetz:

- Allein der Aufschlag von 12 Rappen pro Liter beim Diesel wird im Durchschnitt **pro Landwirtschaftsbetrieb ca. Fr. 500.– Mehrkosten** verursachen.
- **Mehrkosten zum Heizen der Treibhäuser** sind nicht tragbar.
- Die erzwungene Reduktion von Klimagasen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels wird nur mit einer **massiven Reduktion des Tierbestandes** und mit einer Verminderung des Fleischkonsums möglich sein. Wollen wir das?



Die Partei des Mittelstandes

Darum: **3x NEIN**

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch



Dreimal Gewalt – und Mitgefühl für die Täter



Aus dem Polizeibericht: Die vier Halbwüchsigen mit Migrationshintergrund langweilen sich und beschliessen, den Nächstbesten zu attackieren, der eine bestimmte Zigarettenmarke aus dem Automaten zieht. Es trifft einen älteren Mann. Sie treten ihn in den Unterleib, boxen ihn ins Gesicht und traktieren ihn mit Fusstritten. Sie landen vor Jugendgericht. Dann das Unerwartete: Lehrer sind da, Betreuer, Pädagogen, Sozialarbeiter – und alle mit dem Ziel: Milde mit den Tätern! Ums Opfer kümmert sich keiner, auch keine Opferhilfe-Institution.

Zweiter Fall: Am Karfreitag kommt es in der Stadt St. Gallen zu schweren Ausschreitungen. Zersplitterte Schaufensterscheiben, brennende Müllcontainer, Pyros (bis zu 1400 Grad heiss) gegen Polizeibeamte. Von den 21 Verhafteten sind laut Polizei zwar 16 Schweizer Bürger, aber 15 von ihnen haben Migrationshintergrund. Wen lassen wir da eigentlich ins Land?

Die St. Galler Stadtregierung betonte verdächtig rasch, es seien nur wenige ausländische Chaoten beteiligt gewesen. Stadtpräsidentin Maria Pappa (SP) und Ralph Hurni, Kommandant der Stadtpolizei, wiegeln ebenfalls

ab. Empört meint ein Insider: «Unsinn! Bei den Chaoten wurde Hochdeutsch gesprochen, auch Russisch, Balkan-Dialekt, arabische Kehllaute ertönten, die Farbigen sprachen meist Englisch!» Unglaublich die Erklärung eines Stadtpolitikers: «Ja, sie warfen auch Molotow-Cocktails, doch nur im Affekt und ohne Verletzungsgefahr!» Woher dieser makabere Drang, die Gewalttäter zu schützen?

Dritter Fall: In der «Yellow press» schildert ein Journalist namens Reza Rafi die «Leidensgeschichte» des früheren Serien-Gewalttäters «Carlos» alias Brian K.: «Ich bin so allein», schluchzt er, und er sässe im Schweizer Folterknast. Folter in der «Pöschwies»? Schmarren! «Carlos», von der Gilde der geistig Tiefergelegten, war in Freiheit ein notorischer Schwerststraftäter und zog unter dem Schutz seiner Sozialbetreuer eine breite Spur von Schmerz und Tränen hinter sich her. Doch heute wie früher gilt derselbe sozial-mediale Trend: «Alle Zuwendung dem Täter, keine dem Opfer!»

Welcher couragierte Politiker widmet sich endlich diesem nationalen Missstand? Höchste Ehren wären ihm gewiss – massivste Anfeindung wohl ebenso.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<DIE WENDEHÄLSE BRINGEN ES IN DER POLITIK OFFENBAR AM WEITESTEN; ZUMINDEST INS PRÄSIDIUM EINER STAATSTRAGENDEN PARTEI.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Petra Gössi, FDP-Präsidentin
- B Nationalrat Gregor Rutz, SVP ZH
- C alt Nationalrat Luzi Stamm, SVP AG
- D alt Nationalrat Toni Brunner, ehemaliger SVP-Präsident

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 16. Juni 2021 an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 13 vom 25. Juni 2021.

Churz & Bündig

Die SVP, die Partei, der die Schweiz die Nichtauslieferung an die EU zu verdanken hat, bemängelt scharf, dass sie von der Club-Sendung zum gescheiterten Rahmenvertrag ausgeschlossen worden ist.

Für den Tages-Anzeiger folgte die SVP damit einem von allen Rechtsparteien in Europa verfolgten Trend, öffentlich-rechtliche Sender «zu demontieren». Der TA folgt offensichtlich lieber dem Trend, subventionsspendender Funktionsbürokratie zu hofieren.

us

WOHNUNG GESUCHT

Pensioniertes Ehepaar mit kleinem Hund sucht **2- bis 3-Zimmer-Parterrewohnung** im Zürcher Unterland mit Parkplatz.

- > Preis bis 1500.–
- > Bezug September 2021 oder nach Vereinbarung
- > Heinrich und Susanna Blickenstorfer
- iPhone: 079 284 81 53
- E-Mail: hsblick@bluewin.ch

Bleibt gelassen und macht einfach weiter

Keep calm and carry on

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Die Engländer nannten es «the Blitz», den Bombenhagel der deutschen Luftwaffe auf die britische Insel im Jahr 1940. Es war nicht irgendein Bombenhagel, es war die Vorbereitung auf eine Invasion des Vereinigten Königreichs durch Nazi-Deutschland.



Die Anspannung war demzufolge gross, schliesslich hatte das Empire bereits eine schämliche Niederlage in Frankreich erlitten, als das britische Expeditionskorps nur mit Mühe und Not mit Behelfsbooten aller Art aus der Umkesselung von Dünkirchen gerettet werden konnte. Doch

die Briten liessen sich nicht beirren, schliesslich verfügten sie über zwei Felsen in der Brandung – einerseits einen stoischen Premierminister, ein direkter Nachkomme des Herzogs von Marlborough, dem Sieger über Napoleon, und andererseits über eine traditionsreiche Monarchie, welche ein weltumspannendes Imperium erschaffen hatte, und zwar mit nicht viel mehr als einem Haufen zäher, versoffener Piraten und einfacher Seeleute: «Britannia rule the waves ...» Britannien beherrscht die Meere (und damit die ganze Welt).

Ein in den Militärdienst einberufener junger Schriftsteller (damals hiessen die heute so hippen Werber so) hatte die zündende Idee, ein Schild zu entwerfen, welches in seiner Einfachheit und Reinheit den wahren Charakter der Briten in solch düsteren Zeiten widerspiegelte: «Keep calm and carry on». Bleibt gelassen und macht einfach weiter. Die Krone, untrügliches Emblem der Monarchie, fügte er als Zeichen der Kontinuität und Erhabenheit dezent hinzu, schlicht, nicht gross, nicht pompös, einfach dabei. Diese Kombination des Aufrufs zum Weitermachen ohne Angst, ohne Schrecken, zusammen mit der Krone als verbindendes Element, hatte es in sich. Sie schaffte genau das Gegenteil von dem, was sich die Nazis in Berlin erdacht hatten, welche den Bombenkrieg gegen die britische Zivilbevölkerung entfachten.

Es wurde ein Akt der Selbstverständlichkeit, seelenruhig den Fünf Uhr-Tee in einer zu einem Bombenunterstand umfunktionierten Untergrundbahnstation zu trinken, während die Bombengeschwader des Reichsluftmarschalls Göring Britanniens Industrie- und Wohnviertel in Schutt und Asche bombten. Keep calm and carry on. Nazis, ihr könnt uns alle mal, wir werden dies überstehen.



Subtiler aktueller «Bombenhagel»

In der Schweiz stehen wir heutzutage nicht im Bombenhagel aus Berlin. Der heutige «Bombenhagel» ist viel subtiler, es werden keine Viertel in Schutt und Asche gelegt, doch die übergeordneten Ziele sind vergleichbar – de facto und de jure: Es geht um die Abschaffung unserer direkten Demokratie und die Preisgabe der Schweizer Souveränität. Eine «dynamische» (automatische) Übernahme von EU-Recht hätte massive «Ausgleichsmassnahmen» (EU-Sanktionen) zur Folge gehabt, falls das Parlament oder der Souverän eine solche EU-Gesetzesänderung nicht übernommen hätten.

Doch nicht genug damit: fremde Richter, Unionsbürgergerichtlinie und Aufweichung des Lohnschutzes wurden noch obendrauf gepackt – also eine vollständige

Längwiligi Zitte

Niene isch Chilbi u niene isch Tanz,
deheimä ums Hus ume versuret me ganz.
I ha mer scho mängisch der Chopf fasch verheit,
was ächt no wär z'machä, dass Zit umegeit.

Wär gwanet isch z'gumpe und z'tanze, o je,
däm düe halt die Süche-Verordnigä weh.
E jede muess säge, churzwilig isch's nit.
No bsunders für leidigi Lüt.

Grad äbe der Suntig wird eim eso läng,
s'Furtgoh isch verbote, u nämlech no sträng.
Gsiech eim deno öpper, o weisch de hät's gfählt,
do müesst me schwär büesse – un i ha kes Gäld!

Drum blieb i doheime. I schicke mi dry
u hoffe, dä Jammer gäng öppe verby.
I bi ja nid einzig, s'trifft anderi o,
s'isch ume es Gwane – me zahmet de scho.

Lina Wisler-Beck, geschrieben am 22. Juni 1920, während der Spanischen Grippe (Corona lässt grüssen ...)

wirtschaftliche, soziale und juristische Annexion. Gut, dass der Bundesrat den Stecker gezogen hat, fragwürdig jedoch, wie es überhaupt dazu kommen konnte, eine solche Blüte von Kapitulations- und Annexionsvertrag so weit gedeihen zu lassen?!

Fünfte Kolonne

Nun, die EU verfügt hierzulande über eine regelrechte Fünfte Kolonne: Leute in den höchsten Ämtern des Staates, in der Bundesverwaltung sowie im Parlament, den Wirtschaftsverbänden und den grossen Mediengruppen. Und für die wirklich ganz Einfältigen gibt es sogar den lilafarbenen Sirenengesang einer «Operation Libero». Daher ist die Sache längst nicht gegessen. Im Gegenteil, der «Blitz» fängt jetzt erst richtig an. Die Retorsionmassnahmen werden nun von innen und von aussen zunehmen, und zwar massiv.

Da wäre einmal das «Bombenarsenal» der EU. Es wurde bereits fein säuberlich aufgereiht und soll nun «in crescendo» über die Schweizer Alpen geworfen werden: Kündigung der Forschungszusammenarbeit («Horizon»), Rauswurf aus dem europäischen Stromhandel und eine Verweigerung der Aktualisierung bilateraler Verträge.

Derweil fordert im Inland eine prominente Fünftkolumnistin als Drohgebärde ein Fitnessprogramm für die Schweizer Wirtschaft. Bei genauerem Hinschauen reduziert sich dieses Fitnessprogramm auf einen noch grösseren Import von «Fachkräften aus der ganzen Welt.» Wir wissen mittlerweile, was dies bedeutet: Über 50-jährige Schweizer werden ins RAV abgeschoben nach dem Motto: Schaut her, kein Abkommen mit der EU, jetzt müssen wir halt mehr Leute aus der ganzen Welt importieren, um wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben. Nicolò Macchiavelli scheint eine würdige Nachfolgerin gefunden zu haben.

Statt der Krone ein Schweizerkreuz

Somit wären wir wieder beim jungen Schriftenmaler des britischen Kriegsministeriums (war office) gelandet: Keep calm and carry on. Er hätte in diesem Fall anstelle der Krone ein dezentes Schweizerkreuz ge-

malt. Ruhig bleiben und pickelhart verhandeln, aus der Stärke heraus. Die Schweiz muss sich nicht schämen, ganz im Gegenteil. Sie muss auch keine Angst haben, denn sie ist bestens aufgestellt, wirtschaftlich und sozialpolitisch. Zudem besteht die Welt nicht nur aus der EU. In Indien beispielsweise leben 1,4 Milliarden Menschen, und wir geniessen dort einen hervorragenden Ruf, ebenso im übrigen Asien. Innerhalb der EU gibt es durchaus Mitgliedstaaten, welche der Schweiz ebenfalls freundlich gegenüberstehen. Und eines darf auf jeden Fall nicht vergessen werden: Die EU braucht die Schweiz ebenfalls – es leben und arbeiten hier mittlerweile fast zwei Millionen EU-Bürger, und über 300'000 Grenzgänger kommen täglich zur Arbeit.

Als ehemalige Stromhändlerin beim grössten Schweizer Stromkonzern weiss ich zudem haargenau, dass der europäische Strommarkt ohne Schweizer Transitleitungen so gut wie tot ist. Und was die Forschungszusammenarbeit anbelangt: Sehr oft sind die Schweizer Wissenschaftler, die daran teilnehmen, gar keine Schweizer, sondern ebenfalls aus der EU.

Dies sind Details. Doch kein Detail ist die folgende Tatsache: Um künftig erfolgreich aus einer Position der Stärke gegenüber der EU verhandeln zu können, braucht es insbesondere integrale Persönlichkeiten – keine Defätisten und Mitglieder einer Fünften EU-Kolonne. Es wäre daher an der Zeit, Schlüsselpositionen mit fähigen Leuten aus den eigenen Reihen zu besetzen. Zu lange hat man diesbezüglich einfach zugeschaut. Eine vermehrte Anstrengung ist notwendig, um sich in diesen taktischen Belangen das Wasser nicht abgraben zu lassen. Personalpolitik entscheidet oft über Erfolg und Misserfolg ganzer Nationen.

Und wenn wir gleich dabei sind: Die Schweiz wird sich nur so lange nicht der EU unterwerfen müssen, als sie wirtschaftlich erfolgreich ist. Dies bedingt, dass wir ab sofort aufhören, uns mit Gesetzesvorlagen wie dem CO2-Gesetz, den Agrarinitiativen und der glücklicherweise bereits abgelehnten Konzernverantwortungsinitiative selber zu kasteien.

Isabel Villalon



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Vorzeitiges Ende des EU-Rahmenvertrags

Die Schweiz bleibt die Schweiz

von Ulrich Schlüer, alt Nationalrat, Flaach ZH

Mit dem Abbruch der Verhandlungen über den der Schweiz von der Europäischen Union zugemuteten «Rahmenvertrag» – in Wahrheit ein Unterwerfungsvertrag – respektiert der Bundesrat endlich, dass der Schweizer Souverän bereits am 6. Dezember 1992 den EU-Beitritt definitiv abgelehnt hat.



Damals, am 6. Dezember 1992, verwarf der Schweizer Souverän den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), vom Bundesrat zuvor ausdrücklich als «Trainingslager zum EU-Beitritt» etikettiert – nachdem die Landesregierung das Gesuch um Beitritt der Schweiz zur EU noch vor der Abstimmung in Brüssel deponiert hatte.

Der Bundesrat gegen das Volk

Das damalige Nein von Volk und Ständen hat Bundesberns Classe politique (Bundesratsmehrheit, Parlamentsmehrheit, Bundesverwaltung) bis 2021 freilich nie respektiert. Die Stimmbürger sahen in den danach zwischen Bern und Brüssel ausgehandelten Bilateralen Verträgen eine definitive Grundlage für geordnete Wirtschaftsbeziehungen mit dem Freihandelsvertrag von 1972 als Fundament – ohne Preisgabe der politischen Eigenständigkeit der Schweiz.

Bundesbern verfolgte mit diesen Verträgen indessen ein als «strategisch» etikettiertes «Ziel EU-Beitritt» (Bundesrat Flavio Cotti), das wenig später gar zu einem «in Ausführung begriffenen Projekt» (Bundesrat Joseph Deiss) erhöht wurde – ohne Souverän im Rücken. Nur Brüssel nahm diese bundesrätliche Utopie ernst, zumal Bundesbern damit die eigene Position in allen Verhandlungen mit Brüssel deutlich schwächte: Warum sollte die EU der Schweiz in wichtigen Fragen entgegenkommen, wenn deren Regierung laufend ihren Willen bekundete, der EU schliesslich als Vollmitglied beitreten zu wollen?

Aus dieser gegensätzlichen Zielsetzung resultierte ein dreissigjähriger politischer Kampf: Bundesbern wollte den EU-Beitritt erzwingen und die Schweiz dem Brüsseler Zentralismus unterwerfen. Die SVP, die Auns, die «Schweizerzeit» und andere wollten – dem Entscheid des Souveräns von 1992 folgend – den EU-Beitritt verhindern, der Schweiz also Eigenständigkeit und Volkssouveränität mit Direkter Demokratie erhalten.

Auftakt zum Finale

Am 21. Dezember 2012 verlangte die EU-Kommission formell die «institutionelle Anbindung» der Schweiz an die EU. Eine Mehrheit im Bundesrat bekundete unverzüglich Einverständnis und schlug dazu die Schaffung eines alle Einzelvereinbarungen mit der EU verbindlich überdachenden «Rahmenvertrags» vor. Schon am 13. Mai 2013 lag ein Vorvertrag («Non-Paper») mit allen den späteren Rahmenvertrag prägenden, die Souveränität der Schweiz begrabenden Elementen vor.

Die Nein-Front schlof indessen nicht: Bereits im August 2013 präsentierte sich den Medien und der Öffentlichkeit das Abstimmungskomitee «EU-No», präsiert von Christoph Blocher. Es verschrieb sich mit Haut und Haar dem Kampf gegen diesen Eigenständigkeit und Souveränität massiv beeinträchtigenden Unterwerfungsvertrag – gegen Bundesbern und gegen eine nahezu geschlossene Medienfront.

Der Kampf hob seltsam an: Intellektuelle Kreise um alt Botschafter Benedikt von Tschärner und den ehemaligen Zürcher Regierungsrat Markus Notter riefen beschwörend auf zu «vertiefendem Dialog» über die Souveränität. Doch mit spitzfindigen, stets wieder neu erfundenen abwegigen Begründungen entzogen sie sich jeglicher öffentlichen Diskussion – obwohl vom Komitee «EU-No» wiederholt zu öffentlichen, kontradiktorischen Veranstaltungen unter neutraler Leitung eingeladen. Diejenigen, welche die Souveränität der Schweiz aufgeben wollten, fühlten sich ihrer Sache offenbar allein im Monolog unter Ihresgleichen gewachsen.

Die Schwächen des Rahmenvertrags

Der Bundesrat, ursprünglich raschen Vertragsabschluss anstrebend, zögerte Parlamentsdebatte und Volksabstimmung immer weiter hinaus, offensichtlich realisierend, dass die Schwächen des Rahmenvertrags zusehends durchschaut wurden: Während die vom Stimmbolk wiederholt begrüßten Bilateralen Verträge die vollumfängliche Gleichwertigkeit beider Vertragsparteien, der



SUNSTAR
SWISS HOTELS
ECHT VIELSEITIG

**Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt**

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier

Sensationelle

Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

OCotex AG – 041 799 50 00



EU wie der Schweiz, hochhielten, verlangte die EU mit dem Rahmenvertrag die vorbehaltlose Unterwerfung der Schweiz unter alle Beschlüsse, die Brüssel einseitig als «binnenmarktrelevant» erklärt. Würde sich die Schweiz widersetzen, müsste sie sich vor dem EU-Gerichtshof, dem höchsten Gericht der Gegenseite, verantworten und die von diesem Gericht ausgesprochenen Sanktionen akzeptieren. Damit wäre die Gleichberechtigung, wie sie der Bilateralismus vorsieht, tot!

Die Zeit arbeitete gegen Bundesbern: Als erste erkannten die Gewerkschaften, dass der Ausverkauf der Schweizer Souveränität an Brüssel sie um ihren Einfluss auf die weitere Ausgestaltung der Sozialpartnerschaft bringen würde. Und Economiesuisse, auf Funktionärsebene nahezu blindwütige Befürworterin der Zerstörung schweizerischer Eigenständigkeit, sah sich zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass eigenständige Unternehmer für sie unabdingbare Entscheidungsfreiheit keinesfalls der Brüsseler Gleichschaltungspolitik zu opfern bereit waren.

Die sich in Brüssel durchsetzenden, selbst grundlegende Bestimmungen im EU-Vertrag zu Makulatur verkommen lassenden Eigenmächtigkeiten Merkels und Macrons bezüglich Überschuldung und Zinsnullungspolitik, bezüglich Masseneinwanderung, bezüglich der vertragswidrigen «Vergemeinschaftung der Milliarden-Überschuldung» zulasten vor allem der deutschen Steuerzahler, zugunsten eigentlich bankrotter, ins Euro-Korsett eingeschnürter EU-Mitgliedstaaten liessen den Appetit zur Unterwerfung der Schweiz unter EU-Willkür fortlaufend erodieren.

Das Lamento der Schweiger

Nach monatelangen kontroversen Diskussion, nach weiteren Sondierungen in Brüssel sah der Bundesrat schliesslich ein: Den vom Rahmenvertrag verlangten Souveränitätsverlust würde das Stimmvolk in der Schweiz nie schlucken. So kam es am 26. Mai 2021 zum Abbruch der Verhandlungen aufgrund unüberbrückbarer Differenzen mit Brüssel.

Kaum war dieser Entscheid bekannt, erhob sich das Lamento jener, die sich zuvor der öffentlichen Diskussion stur verweigert hatten. Der Chor der vom Bundesrat schwer Enttäuschten schwoll um so mehr an, weil die Medien, schweizerischer Eigenständigkeit offenbar längst überdrüssig geworden, fast nur noch Gegner des Verhandlungsabbruchs zu Wort kommen lassen.

Man hätte das Volk abstimmen lassen sollen, maulen jene, die sich der Diskussion vor dem Volk jahrelang verweigert haben. Worüber denn? Hätte der Bundesrat um Annahme eines Vertrags ersuchen sollen, den er selbst als nicht tauglich erachtet? Oder hätte er ihn mit der Aufforderung zur Ablehnung in die Abstimmung geben sollen? Andere vermissen lautstark einen «Plan B». Wer jemals wichtige, schwierige Verhandlungen zu führen hatte, weiss nur zu genau: Man muss im Hinterkopf

AUS GRENDELMEIERS

«REICH DER MENSCHEN»



Rahmenabkommen

Gott sei Dank! Sie ist vorbei,
diese stete Zwängerei.
Freiheit ist ein rohes Ei,
und das bricht recht schnell entzwei.
Drum gilt: Weiterhin beschreiben,
wie's hier die Eliten treiben.

immer Beschlüsse in Bereitschaft halten, die umgesetzt werden, wenn ein anvisiertes Verhandlungsziel nicht erreicht werden kann. Den «Plan B» muss man besitzen, aber doch nicht an die grosse Glocke hängen! Er geht den Verhandlungsgegner nichts an.

Und schliesslich werden uns «schlimme Folgen» prophezeit – ziemlich fern jeglicher realistischen Einschätzung existierender Tatsachen: Seit Jahren kaufen Schweizer Firmen in der EU weit mehr ein, als sie dorthin verkaufen. Die Schweiz ist Kundin der EU! Und zwar – keinesfalls selbstverständlich für die EU – zahlungsfähige Kundin. Was sollen da Boykottdrohungen? Wollen EU-Bürokraten erreichen, dass in der Schweiz keine VWs, keine Audis, keine BMWs und keine Mercedes mehr erhältlich sind? Was für ein Unsinn! Lassen wir die Zeterer zeteren. Jene, die die Wirtschaft Tag für Tag am Laufen halten, werden bald wieder die Oberhand gewinnen über täubelnde Bürokraten zu Brüssel.

Verdienst und Dank

Nicht vergessen werden darf aber heute, dass die Auseinandersetzung um die (erneut verhinderte) EU-Einbindung der Schweiz einen Namen trägt: Christoph Blocher. Seinem gut dreissigjährigen, nie erlahmenden Einsatz verdankt die Schweiz, dass unser Land weder mit dem «EU-Trainingslager» noch mit dem seine Souveränität zerstörenden Rahmenvertrag «beglückt» werden konnte.

Christoph Blocher wird in die Schweizer Geschichte eingehen als jene Persönlichkeit, die in den beiden wichtigsten politischen Auseinandersetzungen nach dem Zweiten Weltkrieg – jener zum EWR-Beitritt und jener zum EU-Rahmenvertrag – der Schweiz Eigenständigkeit und Souveränität erhalten hat. Die Schweizerinnen und Schweizer sind ihm dafür zu hohem Dank verpflichtet: Die Direkte Demokratie lebt!

Ulrich Schlüer

Churz & Bündig

Wer den Steuerwettbewerb – angeblich aus «Gerechtigkeit» – eliminiert, der verfolgt nur ein Ziel: Den Steuerzahler, dem jedes legale Ausweichen verunmöglicht wird, maximal zu schröpfen. Prost Präsident Biden!

us



FITNESS fi ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



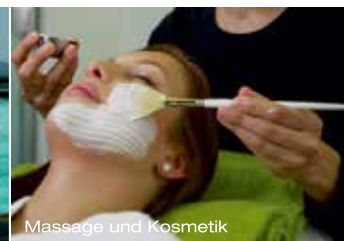
FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



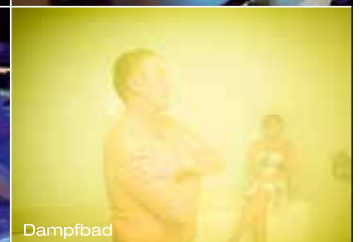
Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biosauna



Feuersauna



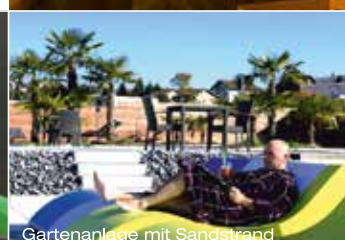
Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Sandstrand



Salzraum



Ruheraum

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Islamisten-Unterstützung

Indem Sozialhilfebezüge für Dschihadisten erschwert werden, würde die Schweiz für Islamisten unattraktiver. Etwa 40% von Radikalisierten beziehen in der Schweiz Sozialhilfe, einschliesslich Flüchtlingshilfe. Unter dem Deckmantel des Diskriminierungsschutzes wurden bisher solche Zahlungen an Islamisten ausgeführt und indirekt terroristische Aktivitäten mitfinanziert. Die anderen Parteien folgten dem Aufruf der SVP nicht, und setzen sich für eine Beibehaltung der Sozialhilfe für mögliche Dschihadisten ein. Linksgrün, Mitte und FDP zeigen damit ein weiteres Mal falsche Toleranz gegenüber Dschihadisten!

(SVP, 06.05.2021)

Energiewende

Die Energiewende wird durch eine Strom-Mangelwirtschaft scheitern, die zu Rationierung von Strom führen wird, wie wir sie aus Entwicklungsländern kennen. Sie wird zu einem Absturz des deutschen Wohlstands führen durch die Explosion der hiesigen Energiepreise; denn schon heute hat Deutschland dank der Energiewende, des Doppelausstiegs aus Kohle und Kernenergie, die höchsten Strompreise der Welt.

(Fritz Vahrenholt, in «Tichys Einblick» 06/21)

Profiteure

Sollte das Volk am 13. Juni dem fatalen CO2-Gesetz zustimmen, reiben sich ein paar Politiker in den Sümpfen von Bern die Hände. Schamlos profitieren selbsternannte Öko-Politiker von den Subventionen für Wind- und Sonnenenergie, öffentlichen Verkehr, Gebäudetechnik usw. SP-Fraktionschef Roger Nordmann hat sechs Mandate im Bereich erneuerbare Energien. Er präsidiert den Verband Swiss Solar, der 2019 fast eine Million Steuergelder erhalten hat.

Besonders ungeniert in die Kasse greift auch Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen. Mit seiner Firma Buchs & Grossen AG will er gemäss Eigenwerbung die Energiewende in Ihr Gebäude bringen. Tiana Moser, Fraktionschefin der Grünliberalen, verdient jetzt schon viel Geld als Präsidentin vom Fachverband Elektroapparate für Haushalt und Gewerbe.

SP-Nationalrat und EU-Beitritts-Turbo Eric Nussbaumer hat gleich drei Verwaltungsratspräsidien im Bereich Energiewirtschaft. Auch hauptberuflich arbeitet er für eine Genossenschaft für Solarenergie, Biomasse usw. Zudem ist er Beirat in der Schweizerischen Energie-Stiftung und Vorstandsmitglied der Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien.

(NR Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern 145, 26.05.2021)

Luftfahrt

Ein mittelgrosses Flugzeug mit Passagieren an Bord kommt mit 18 Tonnen Kerosin vom Basler Euro-Airport bis nach Kanada. Würde man das Flugzeug mit einer 18 Tonnen schweren Batterie beladen, käme das gleiche Flugzeug nur bis nach Bern.

(Easyjet-Chef Jean-Marc Thévenaz, Basler Zeitung, 04.06.2021)

Kinder-Missbrauch

Ich kann nicht akzeptieren, dass man 10-Jährige ohne elterliche Einwilligung impfen kann. Und auch nicht, dass sie in diesem Alter eine Geschlechtsumwandlung ohne Einwilligung von Elter 1 und/oder Elter 2 (die Begriffe Mutter und Vater sollen ja nur sexuelle Stereotypen zementieren...) durchführen lassen können. Das ist genau die maoistisch-marxistische Zersetzung der Familie, spätalimentiert von der berüchtigten «Frankfurter Schule» und den sexuellen Allmachtsphantasien der Deutsch-Grünen mit Verherrlichung der «Knabenliebe» (Daniel Cohn-Bendit) und der «Infragestellung des Inzestverbots»: Die Eltern sollen immer weniger, der Staat immer mehr zu sagen haben. Interessant, dass da nie eine Stellungnahme der KESB kommt, aber wehe, jemand lässt das Kind wegen dem ganzen Test- und Maskenirrsinn für einen Moment zu Hause...

(Marco Caimi, Newsletter 25/2021, 29.05.2021)

Der Euro – kein Einigungsprojekt

Die Einführung des Euro hat sich nicht, wie erhofft, als Einigungsprojekt erwiesen. Die starken Länder des Nordwestens stehen einem schwachen und durch die Corona-Pandemie noch weiter geschwächten Süden gegenüber. Wachstumsversprechen, die mit der Einführung der Einheitswährung verbunden wurden, haben sich für die Südländer nicht erfüllt. Die wirtschaftliche Heterogenität der Euro-Zone ist heute eher grösser als bei der Einführung des Euro.

(Bert Rürup, ehem. Chef der «Wirtschaftsweisen» im «Handelsblatt» Nr. 18/21)



Das **Covid-Gesetz** beendet die freie Schweiz

**Massnahmen bis 2031
finanzieren?**

Massenüberwachung!
mit umfassendem Contact Tracing

Rechte verlieren
für wacklige Entschädigungen?

Gesetz **diskriminiert**
Ungeimpfte

**13. JUNI
nein**

Mehr Infos dazu:

www.CovidGesetz-NEIN.ch



FREUNDE DER VERFASSUNG
AMIS DE LA CONSTITUTION
AMICI DELLA COSTITUZIONE
AMITGS DALLA COSTITUZION



FRIEDLICHE BÜRGER AUF TERROR-LISTEN?

~~POLIZEISTAAT-
GESETZ (PMT)~~

13. JUNI

Nein!

Klima – die neue Religion

Die Klima-Apokalypse ist mit dem CO₂-Gesetz in der Schweiz angekommen. Seit 1990 hat unsere Bevölkerung um zwei Millionen zugenommen, das Mittelland wird zubetoniert und immer mehr «verdichtet», was natürlich die Temperaturen im Sommer ansteigen lässt. Aber die gleichen Klimakatastrophen-Apostel sind dann schnell gegen den Stopp der Masseneinwanderung, der vom Volk gewünscht wird. In dieser Zeit hat der CO₂-Ausstoss pro Person in unserem Land um einen Drittel abgenommen, und pro Franken Wirtschaftsleistung wurde der Ausstoss sogar halbiert. Dies zeigt, dass unsere Volkswirtschaft auch ohne extreme Gesetzgebung funktioniert und Fehlentwicklungen korrigiert. Das würde auch bei einer Ablehnung des CO₂-Gesetzes in diesem Sinne weitergehen.

Stattdessen wollen die Apokalyptiker von ganz Links bis tief in die politische Mitte einen staatlich verordneten Umbau unserer Energieversorgung. Wenn die dogmatische Frau Sommaruga vom Uvek dies so meistert wie Bundesrat Berset die Pandemie, dann Gnade uns Gott! Die Staatswirtschaft wird die Kosten für alle in die Höhe treiben und ein unvergleichliches Chaos anrichten. Am meisten werden die unteren Schichten und der Mittelstand leiden, nicht die Reichen. Die Privatwirtschaft und die Bürger lösen diese Probleme besser als jedes Bundesamt. Wir setzen laufend neue

und effizientere Technologien ein, welche die Wirtschaft anbietet, sofern diese sinnvoll und wirtschaftlich sind. Aber wer unserem Land die CO₂-freie Kernkraft abstellt und wer die Erhöhung von Staumauern für die CO₂-freie Wasserkraft verhindert – ohne alternative Energiequellen zu haben –, und dann den Strom von Atommeilern aus Frankreich und Kohlekraftwerken in Deutschland und Polen bezieht, hat wirklich nicht alle Tassen im Schrank.

Die Welt dreht durch. Die Regierungen der westlichen Welt haben inzwischen Projekte gegen den Klimawandel von über fünf Billionen (5'000'000'000'000) Franken abgesegnet. Das ist mehr als doppelt so viel wie alle früheren staatlichen Investitionsprogramme der Welt zusammen, einschliesslich den US-Autobahnen, dem Apollo-Raumfahrtprogramm, dem Panama- und Suezkanal und der Chinesischen Mauer. Klima ist die neue Religion, und wer nicht mitmacht, also vermeintliche Sünder, sind des Teufels. Ich vertraue den freien Kräften des Marktes und den Ingenieuren mit immer besseren Technologien mehr als jedem Bundesamt und auch mehr als den planwirtschaftlichen Plänen der politischen Parteien in Bundesbern, egal, ob grün, rot, orange oder blau. Jeder vernünftige Mensch sagt Nein zu diesem planwirtschaftlichen Unsinn.

Felix Zulauf, Zug

Überfall, Samstag, 29. Mai 2021

Erstes Wochenende seit langem mit angenehmem Wetter. Acht junge Leute sitzen am Zürcher Mythenquai beisammen und geniessen den milden Abend.

Etwas um 01.00 Uhr tauchen mehr als zwanzig junge Männer, vermutlich Kosovo-Albaner, auf. Sie verlangen von den Plaudernden herrisch Zigaretten. Da die friedlich Dasitzenden Nichtraucherinnen und Nichtraucher sind, sind keine Zigis erhältlich. Stattdessen fordern die Bandenmitglieder Geld. Es wird ihnen verweigert. Sofort schlagen die Abgewiesenen brutal zu. Einem der Angegriffenen wird ein Messer an den Hals gesetzt. Einem andern mittels Faustschlag mitten ins Gesicht das Nasenbein gebrochen. Zu dritt oder zu viert werden die Überfallenen abgetastet: Geld und Handys werden geraubt.

Einer der Angegriffenen kann noch die Polizei alarmieren. Diese ist zwar rasch zur Stelle. Noch rascher aber sind die Schläger in der Dunkelheit verschwunden. Zwei kann die Polizei immerhin erwischen.

Auch die alarmierte Sanität trifft rasch ein und verarztet einige leichter Verletzte. Der junge Mann mit dem gebrochenen Nasenbein wird in die Universitätsklinik transportiert. Kaum haben sich die Polizisten verabschiedet, tauchen mehrere der als Kosovaren Vermuteten wieder auf, verzichten aber auf einen weiteren Angriff. Die

jungen, friedfertigen Nachtplauderer, denen der Abend ohnehin verdorben war, haben es vorgezogen zu verschwinden. Von andern, die in der Nähe Musik gehört haben, erfahren sie noch, dass die Schlägertruppe den Mythenquai nicht zum ersten Mal heimgesucht habe. Das überraschende Auftauchen, Dreinschlagen und Ausräumen der Niedergeschlagenen sei ihre Masche.

So geschehen am frühen Sonntagmorgen des 30. Mai 2021. Die grossen Medien Zürichs berichteten darüber – mit keinem einzigen Wort!

S

Churz & Bündig

Der Tages-Anzeiger beschwört seitenlang angebliche, vage umschriebene Menschenrechtsverletzungen in Asylzentren. Was aber fällt ihm ein zu Gewalttaten von Ausländern, auch von Asylanten? – Gar nichts! Zufällig geht ihm angesichts solcher Bericht-erstattungspflicht immer die Druckerschwärze aus.

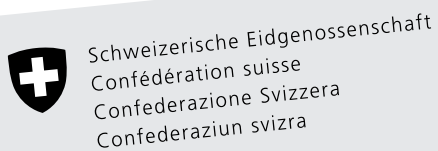
*

Die EU will angeblichen Arbeitsmigranten mehr legale Kanäle nach Europa öffnen. Damit dürfte die Masseneinwanderung nach Europa unkorrigierbar zementiert werden: Wir schaffen das!

us

**So stimmen Sie
am 13. Juni**

richtig!



**Stimmzettel für die Volksabstimmung
vom 13. Juni 2021**

Wollen Sie das «**Bundesgesetz
über die Verminderung von
Treibhausgasemissionen
(CO₂-Gesetz)**» annehmen?

Antwort

Nein

**Teuer.
Nutzlos.
Ungerecht.**

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch

**Missratenes
CO₂-Gesetz**

Nein

Unterstützen Sie unsere Kampagne!

    linktr.ee/neinco2gesetz

Defizite der deutschen Justiz

Kompass-Verlust

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Nach neuerer Auslegung der bundesdeutschen Rechtsprechung ist auch gegen untergeordnete Befehlsempfänger während der Zeit des Nationalsozialismus Anklage wegen Beihilfe zum Mord zu erheben.



So wurde zum Beispiel ein Wachmann des Konzentrationslagers Mauthausen wegen Beihilfe zum Mord in 36'000 Fällen angeklagt. Obwohl der Wachmann zum Zeitpunkt der Anklage bereits 95 Jahre alt war, musste dennoch die Jugendstrafkammer den Fall beurteilen, weil der Beschuldigte zum Tatzeitpunkt die Volljährigkeit noch nicht erreicht hatte.

Aktuell beschäftigt die Strafsache Irmgard F. die Strafverfolgungs- und Anklagebehörden. Sie ist heute 94-jährig, lebt in einem Altenheim in Pinneberg bei Hamburg und war von 1943 bis 1945 die Sekretärin von Paul Werner Hoppe, dem Kommandanten des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig. Dieser wurde nach dem Krieg wegen Beihilfe zum Mord in mehreren hundert Fällen zu neun Jahren Haft verurteilt, wobei er lediglich drei Jahre absitzen musste. In der Zwischenzeit ist Hoppe verstorben, und jetzt soll seiner Sekretärin der Prozess gemacht werden.

94-Jährige vor der Jugendstrafkammer

Auch sie wird sich aufgrund ihres damaligen Alters vor einer Jugendstrafkammer verantworten müssen, wobei sie bestreitet, von den Morden im KZ Stutthof gewusst zu haben. Die Ermittler widersprechen, da sie von ihrem ehemaligen Büro aus auf die Lagerbarracken und das Krematorium sehen konnte. Es ist davon auszugehen, dass Irmgard F. lügt, weil sie als Sekretärin des Lagerkommandanten mit jeder Sicherheit Schriftstücke verfassen musste, welche die Tötung von Lagerinsassen zum Inhalt hatten. Dazu brauchte sie nicht aus dem Fenster zu schauen. Dass nämlich alle belasteten Berichte vom Lagerkommandanten selbst und ohne ihr Wissen verfasst wurden, ist unglaubwürdig.

Dennoch stellt sich die Frage, ob das strafrechtlich relevante Verhalten der ehemaligen Sekretärin nach 75 Jahren mit dem Jugendstrafgesetzbuch in der Hand überhaupt «gerecht» beurteilt werden kann. Ähnliche Urteile in der jüngsten Zeit zeigen, wie unbeholfen die Gerichte sanktionieren, weil die begangenen Gräueltaten die Vorstellungskraft der heutigen Strafjustiz bei weitem übersteigen. In einer TV-Sendung betonte ein Historiker, aufgrund der notwendigen Erinnerungskultur seien solche Gerichtsfälle notwendig.

Damit das schwärzeste Kapitel deutscher Geschichte nie in Vergessenheit gerät, gibt es wahrlich probatere Mittel, als eine bald einmal hundert jährige zivile KZ-Angestellte vor den Jugendrichter zu zitieren. Apropos Jugendstrafrecht: Google beschreibt dieses wie folgt: «Es soll der minderjährige Straftäter auf den richtigen Weg gebracht werden», oder anders ausgedrückt: Es sollen weitere Delikte verhindert werden. Passt ja super auf die Persönlichkeit von Irmgard F.

Andere Wege finden

Es müssen Wege gefunden werden, die Erinnerungen an die NS-Verbrechen wach zu halten, ohne Greise im Zustand des körperlichen und geistigen Zerfalls vor Gericht zu stellen und zu mehr oder weniger symbolischen Strafen zu verurteilen, welche zu guter Letzt wegen fehlender Hafterstehungsfähigkeit nicht einmal vollzogen werden.

Gerade aktuell ziehen Horden von Muslimen durch deutsche Städte und skandieren vor Synagogen Schmährufe wie «Scheissjuden» und propagieren die Vernichtung Israels. Für die deutsche Justiz wäre es weitaus sinnvoller, bei diesen aktuellen Straftaten Manpower zu investieren, weil die akute Gefahr eines nicht mehr zu kontrollierenden Flächenbrandes gross ist. Aber offensichtlich zieht es die deutsche Politik vor, dass sich die Justiz mit NS-Straftaten von damals untergeordneten und heute uralten Mitläufern beschäftigt. Es könnte nämlich peinlich werden, wenn sich unter den «Judenhassern» sogar Flüchtlinge befinden, welche durch den unsäglich Merkel-Ruf «Wir schaffen das» nach Deutschland eingewandert und von den Willkommens-Romantikern mit Teddybärchen beschenkt worden sind.

Markus Melzl

Afrika; Bevölkerungsentwicklung

1950: 0,228 Milliarden
2020: 1,341 Milliarden
2050: 2,489 Milliarden
2100: 4,280 Milliarden

Weiterführende Literatur: Dudo Erny
dudoerny@bluewin.ch

«Das Verschwinden der Europäer»

«Warum die Schweizer aussterben werden»

Nach wie vor hochaktuell

Ehrung für tapfere Piloten

hf. Korpskommandant Kurt Bolliger, damals Kommandant der Flieger- und Flabtruppen, hat die vorbildlichen Kampfpiloten vom Juni 1940 anlässlich der Meisterschaft der Flieger- und Flabtruppen 1980 geehrt. Wir geben hier seine bemerkenswerten Worte, die auch in der heutigen Zeit hochaktuell sind, in gekürzter Form wieder.

Verehrte Gäste, liebe Kameraden und Veteranen, meine Damen und Herren, wir haben Sie eingeladen, um uns für einige Augenblicke von der Vergangenheit einholen zu lassen, weil die Gegenwart leider einige Ähnlichkeiten mit der Zeit der späten Dreissigerjahre aufweist. Auch damals versicherte man uns allenthalben, es gelte, morsche Strukturen mit Gewalt und nicht mit dem überholten Stimmzettel der Demokratie einzureissen, und man dürfe die Zeichen eines neuen Europa nicht übersehen.

Die Träger dieser «neuen Zeit» hatten sich ab 1934 eine angeblich unbesiegbare Militärmaschinerie zugelegt, deren Erfolge in der Zeit zwischen 1938 und 1940 uns junge Leutnants – und nicht nur die Leutnants – stark beeindruckten und auch mit Furcht und Unsicherheit erfüllten. Drei Erlebnisse aus jener Zeit sind mir tief im Gedächtnis geblieben:

- Kurz nach dem deutschen Einfall in Polen fragte mich einer meiner Mitspiranten unserer Offiziersschule, ob ich eigentlich «Mein Kampf» gelesen hätte. Ich musste zugeben, das bisher versäumt zu haben, worauf er mir anriet, das bald nachzuholen, denn der Verfasser sei inzwischen in der Realisierung seiner Visionen schon auf Seite 42 angekommen. Die Stellen über die Saar, Österreich, Memel, Danzig und die Tschechoslowakei könne man bereits überspringen. Seit jener Lektüre habe ich mir angewöhnt, religiöse



Die Jagdstaffel Lindecker unter dem Kommando von Hauptmann Werner Lindecker (Mitte) mit (von links) den Oberleutnants Suter und Rufer sowie Leutnant Aschwanden und dem technischen Offizier Leutnant Breitenmoser. Nicht auf dem Bild sind Oblt Homberger und Lt Rickenbacher, die ebenfalls zur Staffel Lindecker gehörten. Rickenbacher stürzte am 4. Juni 1940 im Luftkampf bei Boécourt (Berner Jura) tödlich ab. Homberger wurde am 8. Juni beim Abwehrkampf gegen eine deutsche Fliegerformation über dem Chasseral schwer verletzt.

Luftkämpfe über dem Jura

hf. Im Mai/Juni 1940, im Zuge des Frankreich-Feldzugs durch Hitler-Deutschland, kam es mehrfach zu Verletzungen von Schweizer Hoheitsgebiet durch deutsche Flieger, denen unsere Luftwaffe entschieden entgegentrat. Anfang Juni eskalierten die deutschen Luftraumverletzungen, welche insbesondere von der Jagdstaffel Lindecker (sein Sohn Jürg Lindecker aus Greifensee hat uns die nebenstehende Rede Bolliger zugesandt) in harten Kämpfen abgewehrt wurden. Dabei wurden elf deutsche Flugzeuge abgeschossen, während die Schweiz drei Flugzeuge verlor. 1980, also 40 Jahre später, hat dann Korpskommandant Bolliger die tapferen Piloten, die unter Einsatz ihres Lebens für unser Land gekämpft haben, geehrt. Seine Worte sind auch heute (s. EU-Anpassung, Rahmenvertrag) hochaktuell.

und politische Fanatiker durchaus ernst zu nehmen, seien es nun Despoten, Parteisekretäre, Ayatollahs oder Vorkämpfer irgendeiner Rasse.

- Das zweite Erlebnis handelt von einer jener Wochenschauen, mit denen die Siegesberichte aus Grossdeutschland über die Leinwände rollten. Da fuhr die «Prinz Eugen» mit wehenden Hakenkreuz-Fahnen gen' Engelland, denn die Operation «Seelöwe» stand bevor. Ein beängstigend-bedrückender Anblick, dieses geschützstarrende Ungetüm. Aber wie erlösend

deshalb ein Zwischenruf aus den hinteren Zuschauerreihen in breitstem Züritütsch: «Eis Torpedo, und dä suuft ab!» Das Licht ging an, und ein händeringender Geschäftsführer trat vor die Leinwand und bat das Publikum, von weiteren Demonstrationen abzusehen, da sonst die Vorführung der Wochenschau verboten würde. Doch draussen war der Zwischenrufer plötzlich wieder da, und zwar mit der abschliessenden Feststellung: «Natürli hocked mir nu ufemene Floss und händ ständig d'Füess im Wasser. Aber versänke chame das Ding lang nid so ring wie sonen Riesekahn!». Sprachs und verschwand Richtung Beatenplatz.

Auch heute wieder, im Jahr 1980, haben wir Schweizer Soldaten oft das Gefühl, ständig nasse Füesse zu haben, und wir beneiden jene, die da scheinbar komfortabel und siegessicher auf modernsten Kriegsmaschinen zu Lande, zu Wasser und ganz besonders in der

Luft über die Schirme unserer Fernsehapparate flimmern. Sollten wir uns aber nicht auch heute wieder vermehrt an die positiven, von unten genährten Kräfte und Eigenschaften der kleinstaatlichen Milizarmee gegenüber den beeindruckenden, aber auch fragilen, zentralgesteuerten Machtmitteln der Totalitären erinnern?

- Das dritte und wohl tiefste Erlebnis brachte jene Frühlingszeit des Jahres 1940, zu deren Gedächtnis wir uns hier versammelt haben. Unseren an Zahl und materieller Ausrüstung weit unterlegenen Piloten war es gelungen, die ununterbrochene Kette der Siegesmeldungen der Luftwaffe Görings zu unterbrechen. Diese Erfolge beeindruckten uns junge Leutnants vom Flieger-Übermittlungsdienst umso stärker, als wir als Leute vom Bau ja wussten, dass es sich mindestens bei den Luftsiegen vom 4. und 8. Juni 1940 um Aktionen gegen wohlvorbereitete Vergeltungsaktionen der deutschen Luftwaffe handelte.

Inmitten aller Niedergeschlagenheit und spürbaren Ratlosigkeit gegenüber einer scheinbar unschlagbaren deutschen Überlegenheit und eines gewissen Mangels an Vertrauen in unsere eigene Widerstandskraft waren die Luftsiege zusammen mit einigen demonstrativen Massnahmen des Generals, insbesondere dem Rütli-Rapport, Fanale, die uns Junge von damals elektrisierten.

Die Erinnerungen an Mut und Leistungen unserer hier anwesenden Veteranen von 1940, die auch jene Piloten

und Beobachter vertreten, welche damals oder seither gefallen oder verstorben sind, mögen dazu beitragen, allen defätistischen und nihilistischen Tendenzen unserer Zeit Widerstand zu leisten und uns auch heute wieder vermehrt auf unsere eigene Stärke zu besinnen. Für uns junge Zugführer von 1940 ist es heute – vierzig Jahre später – eine grosse Freude und eine ehrenvolle Pflicht, den Handelnden von 1940 von Herzen zu danken für die Zeichen, die sie in entscheidender Stunde gegen eine beträchtliche Übermacht und unter Einsatz ihres Lebens gesetzt haben.

Wir haben in den 40 Jahren seit dem so bedeutungsvollen Sommer 1940 viele Wandlungen mitgemacht. Wir erinnern uns alle mit Dankbarkeit an Bundesrat Hermann Obrecht, der 1940 weithin vernehmbar gesagt hat: «Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen», als im sogenannten neuen Europa reihum die Staatschefs und Satrapen auf den Obersalzburg bestellt wurden, um Schiedssprüche über territoriale Neuordnungen und Beistellungen von Landvögten – Reichskommissare genannt – entgegenzunehmen.

Diese Absage nach Norden war nichts anderes als eine Bestätigung jener Stelle im Bundesbrief von Anfang August 1291, in der es heisst: «Wir haben einhellig gelobt und festgesetzt, dass wir in den Tälern durchaus keinen Richter, der nicht unser Einwohner oder Landmann ist, annehmen wollen.»

Kurt Bolliger

Nein zum missratenen Co₂-Gesetz



Das Co₂-Gesetz belastet den Geldbeutel von Familien, Liegenschafts-Besitzern und -Mietern sowie von Gewerbebetrieben. Helfen wird das neue Gesetz dem Klima nicht. Wer dem Klima helfen will, muss verzichten lernen. Dazu braucht es kein folgenschweres Umverteilungs-Gesetz, das eine Öko-

Industrie heranzüchtet, die es gar nicht braucht. Alle zahlen, wenige profitieren und ein Drittel bis die Hälfte der Einnahmen versinken in der staatlichen Bürokratie.

Allein bei meinen Metallbaubetrieb würden sich die Treibstoffkosten um jährlich 3'000 Franken erhöhen – die Transporte für Materialanlieferungen und für den Weitertransport in die Oberflächenbehandlung und auf die Baustellen nicht eingerechnet. Diese schätze ich vorsichtig auf rund 8'800 Franken. Das Gesetz hat also Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze. Wir brauchen unternehmerisch getriebene Innovationen und nicht zusätzliche staatlich verordnete Steuern. Genau dieses Geld wird uns jetzt dann fehlen für Investitionen in klimafreundliche Arbeitsmittel.

Auch die arbeitende Landbevölkerung wird zur Kasse gebeten. Nicht alle können mit dem ÖV zur Arbeit fahren. Dies aus zeitlichen Gründen wie Nacharbeit oder unzureichenden ÖV-Verbindungen. Auf dem Land haben wir nicht alle paar Meter eine Bus- oder Tramhaltestelle wie in der Stadt und in der Agglomeration. Das Gesetz ist deshalb auch ungerecht. Und wie ist es mit jungen Familien, die sich noch eine «ältere» Liegenschaft ergattern konnten oder eine Eigentumswohnung? Was machen die Rentnerinnen und Rentner in ihrem Zuhause, wenn sie sich die durch das Gesetz vorgeschriebenen Sanierungen trotz Beiträgen nicht leisten können? Denn faktisch werden Ölheizungen verboten. Auch ohne Gesetz werden diese Liegenschaften auch mal saniert. Einfach nicht so schnell, wie es dieses Gesetz will. Also brauchen wir ein wenig mehr Zeit und keine neuen Gesetze.

Was einigen Umverteilungsprofiteuren nützt, schadet uns allen. Dieses missratene, 40 Seiten lange Gesetz sendet man am besten an den Bund zurück. Wenn wir für das Klima etwas machen wollen, müssen wir verzichten lernen. Dazu braucht es dieses teure, unnötige, ungerechte und unsoziale Co₂-Gesetz nicht.

Paul Mayer, Metallbauunternehmer, Kantonsrat, Marthalen ZH

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 17)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Per Ende 2000 tritt **Adolf Ogi**, nach zwölf Jahren im Amt, als Bundesrat zurück. Auch wenn wir mit seinem sicherheitspolitischen Irrweg («Sicherheit durch Kooperation»), seinem Drang nach der «Nato-Partnerschaft für den Frieden» und seiner EWR-Begeisterung nichts am Hut haben, so ist doch zu sagen: Im Bereich der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Verkehrs-, Sozial-, Asyl- und Ausländerpolitik hat er mit uns in aller Regel am gleichen Strick gezogen. Und er war durch und durch ein volksnaher Magistrat. Auch ist es ihm hoch anzurechnen, dass er beim EWR mit offenen Karten gespielt hat und klipp und klar gesagt hat, der EWR sei lediglich ein «Trainingslager» für den späteren EU-Beitritt. Zudem ist er nach dem verräterischen Verhalten von Eveline Widmer-Schlumpf der SVP treu geblieben und hat nicht – wie der spätere «halbe SVP-Bundesrat» Samuel Schmid – zur BDP (Bürgerlich demokratische Partei, heute praktisch nicht mehr existent) gewechselt.

Als Nachfolgerin für Ogi nominiert die Zürcher SVP Regierungspräsidentin **Rita Fuhrer**. Die tüchtige Ma-

gistratin mit grosser Exekutiverfahrung ist weit über die Partei hinaus akzeptiert. Zudem verfügt sie als Vorsteherin der Direktion für Soziales und Sicherheit mit vielen Kontakten zur Bundesebene über ein hervorragendes Rüstzeug. Von der SVP des Kantons Thurgau wird zudem Regierungspräsident **Roland Eberle** ins Rennen geschickt, der ebenfalls einen ausgezeichneten Leistungsausweis besitzt. Damit kommt die SVP den andern Parteien unter der Bundeshauskuppel entgegen, die einen Doppelvorschlag gefordert haben. Beide Kandidaten werden von der SVP-Fraktion der Bundesversammlung im ersten Wahlgang nominiert.

Trotzdem wird in den Medien weiterhin der in der SVP-Fraktion deutlich unterlegene Berner Ständerat **Samuel Schmid** als Favorit gehandelt. Und die wiederholten Dreckspiele unter der Bundeshauskuppel bei Bundesratswahlen werden einmal mehr Tatsache: Am 6. Dezember 2000 wird der «wilde» Kandidat Samuel Schmid im 6. Wahlgang gewählt. Und es folgt mit dem unerwünschten Gewählten für die SVP (und auch für Schmid) eine eher schwierige Zeit. Im Übrigen hat Rita Fuhrer trotz den eines Parlaments unwürdigen Spielchen im ersten Wahlgang das beste Resultat erreicht. In einer Volkswahl hätte sie laut Umfragen obenaus geschwungen.

*

Nachdem die Revision des Militärgesetzes (für militärische Auslandseinsätze) am 10. Juni 2001 trotz grösstem Einsatz von Auns, SVP und Mitstreitern knapp gutgeheissen worden ist, stellen wir von der Auns fest: «Wir haben den uns von Bundesbern aufgezwungenen «Krieg» zur Wahrung einer unabhängigen, neutralen Schweiz nicht verloren – wir haben lediglich eine Schlacht verloren.» Nun heisst es, unverzüglich die **Vorbereitungen gegen den Uno-Beitritt** an die Hand zu nehmen. Wir müssten einen Vertrag unterschreiben, mit dem der Uno-Sicherheitsrat – also die Grossmächte mit Vetorecht – der Schweiz politische Verpflichtungen, beispielsweise Wirtschaftssanktionen gegenüber Drittländern, auferlegen kann. Damit würde unsere Neutralität ausgehöhlt.

Der «Fahrplan» des Bundesrates und von Mitte-links ist klar: Zuerst soll mit dem Einsatz von Schweizer Soldaten in ausländischen Konfliktgebieten der Weg Richtung Nato-Anschluss geebnet werden. Dann soll die Schweiz über den Beitritt zur politischen Uno in die Europäische Union eingebunden werden.

Neben den Linken arbeitet auch die FDP auf den Uno-Anschluss hin. Ihre «Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik», u.a. mit den damaligen FDP-Grössen Christine Beerli (SR/BE), Erika Forster (SR/SG), Otto Schoch (alt

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

SR/AR) und Prof. Dr. Kurt Spillmann, Zürich, stellt fest: «Deshalb drängt sich, wenn die Schweiz einen zuverlässigen internationalen Partner sucht, längerfristig ein Beitritt zur Nato auf.» Gleichzeitig beteuern die Genannten, sie wollten selbstverständlich an der schweizerischen Neutralität festhalten.

Besonders dümmlich gebärdet sich die mit Steuergeldern finanzierte «Schweizer Revue», das offizielle Informationsorgan der Auslandschweizer, deren Redaktorin Isabelle Eichenberger in der Nr. 3/2001 folgendes zu berichten weiss: «Es gab auch Schweizer auf der «Titanic», und vielleicht haben sie ihren Pass mit dem weisen Kreuz geschwenkt, um den Untergang abzuwenden. Doch selbst, wenn sie es getan haben, konnten sie das Schicksal nicht davon überzeugen, dass sie ein Sonderfall seien und deshalb eine Sonderbehandlung verdienen.»

*

Nachdem der Bundesrat die Uno-Beitritts-Initiative seinerzeit richtiggehend «bestellt» und bei jeder Gelegenheit dafür unverhohlenen Propaganda gemacht hat, steigert er die Propaganda im Hinblick auf die Abstimmung im Frühjahr 2002 bis zum Geht-nicht-mehr. Beispielsweise streut das Aussenpolitische Departement (Politische Abteilung, Sektion Uno) in hoher Auflage eine über 50-seitige Hochglanz-Propagandabroschüre, die den Uno-Beitritt in den höchsten Tönen lobpreist. Und dies natürlich mit Steuergeldern.

Die Auns hingegen kämpft mit den folgenden zentralen Argumenten gegen den Beitritt: 1. Neutralitäts- und



Rita Fuhrer und Roland Eberle stellen sich nach der einstimmigen Nomination durch die SVP-Bundeshausfraktion den Medien

Sicherheitsverlust 2. Geldverschwendung. 3. Macht- und Freiheitsverlust für das Volk. Und wir rufen die Bevölkerung auf, die besonderen Fähigkeiten unseres neutralen Landes ausserhalb der politischen Uno zu wahren: **«Es braucht weltweit wenigstens ein souveränes Land, dass mit seiner strikten Neutralität in besonderem Mass dazu geeignet ist, unparteiische humanitäre Hilfe zu leisten und seine guten Dienste für eine aktive Friedenspolitik anzubieten.»**

Dennoch wird der Uno-Beitritt am 3. März 2002 mit 54,6 % Ja- gegen 45,4 % Neinstimmen gutgeheissen. Und heute gilt es bereits, den nächsten verhängnisvollen Schritt – den Beitritt zum Uno-Sicherheitsrat – abzuwenden.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Das linke Narrativ



Der Entscheid des Bundesrates, das Rahmenabkommen zu beerdigen, wurde in den von EU-Turbos besetzten Redaktionsstuben säuerlich aufgenommen. Dabei ist der Entscheid völlig richtig, hätte das Abkommen doch die Unabhängigkeit unseres Landes zerstört. Die Frustration in den Redaktionsstuben wurde durch Behauptungen sachkundiger Politiker flankiert, welche das «Ende der Beziehungen» zwischen der Schweiz und der EU heraufbeschworen und von einem «rabenschwarzen Tag» sprachen. Die Schweiz werde nun massiv benachteiligt. Dieselbe Schwarzmalerei ist auch nach dem EWR-Nein betrieben worden. Eingetreten ist das Gegenteil.

Einer der Wortführer der Empörung war der baselstädtische Regierungspräsident Beat Jans, bis vor kurzem SP-Vizepräsident und Nationalrat. Er beschimpfte den Bundesrat als «rückgratlos». Er habe sich von der SVP den Kurs «diktieren» lassen. Gleichzeitig nannte er das Schiedsgericht eine «Super-Lösung», obschon namhafte Experten, wie z.B. der ehemalige Präsident des EFTA-Gerichtshofs,

Prof. Carl Baudenbacher, darlegten, dass dieser in allen wichtigen Fällen den Europäischen Gerichtshof anrufen müsse, dessen Entscheid verbindlich sei.

Doch lieber säuselt Jans von den negativen Auswirkungen, die auf die Schweiz zukämen, u.a. könne der Forschungsplatz Basel den Anschluss verlieren. Auch hier vergass er zu erwähnen, dass auch die EU an einem gemeinsamen Austausch interessiert ist. Schliesslich studieren weit über 60'000 ausländische Studenten in der Schweiz – und einen exzellenten Ruf haben bekanntlich nur Hochschulen ausserhalb der EU, in Grossbritannien und der Schweiz. Zudem hat Österreichs Kanzler Kurz angekündigt, dass die EU an einer Weiterführung des bilateralen Weges grösstes Interesse habe.

Doch das linke Narrativ muss ein anderes sein. Und weil man sich in Basel, angesichts der vielen Fehlleistungen rot-grüner Regierungspolitik, kaum profilieren kann, spielt man mit der Angst. Zum Glück haben wir aber im Bundesrat noch mindestens vier Vertreter mit Rückgrat. Daran muss man sich bei den Wahlen 2023 erinnern.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt



Büchertisch

BESTSELLER



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch ist der beste Wegweiser in der Debatte um das Verhältnis Schweiz-EU. Machteliten aus Brüssel wollen damit eine zentralistische, der Funktionärsherrschaft unterworfenen Staatsordnung, angelehnt an die EU-Bürokratie, durchsetzen – obwohl die bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft der EU immer weiter in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 30.60



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kalt-schnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt. An den Folgen der mit Corona begründeten Zentralisierung der Macht bei Bundesberns Bürokratie dürften die Schweizerinnen und Schweizer noch jahrelang zu tragen haben.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 13.50



Der Staatsvirus

Ein Arzt erklärt, wie die Vernunft im Lockdown starb

Gunter Frank

Einzelnen Menschen kann Covid-19 tatsächlich gefährlich werden. Umstritten aber ist, ob tatsächlich eine «Epidemische Lage von nationaler Tragweite» besteht – Vorwand für Wirtschafts-Stillegung und Einschränkung von Grundrechten für Millionen Bürger. Die Lage ist ernst. Die Widerstandskraft der Gesellschaft scheint zu schwinden. Angst und Irrationalität begraben mehr und mehr die Vernunft. Ein hervorragendes Buch!

Achgut-Edition, Berlin 2021, Richtpreis Fr. 27.90
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 25.10

SOMMER IN DER SCHWEIZ

Lieblingsorte Dölf Ogi

Im wildromantischen Gasteretal – Werd und Weber, Gwatt 2020, 224 S., geb., ill. (Richtpreis Fr. 49.–)
Schweizerzeit-Preis Fr. 44.10

Zürich – Spaziergänge durch 500 Jahre Stadtgeschichte

at, Aarau 2019, 392 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 39.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 35.90

Bern

Fotobuch, Stämpfli, Bern 2020, 96 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 30.60

Freiburg/Fribourg – 50 Trouvaillen

Zytglogge, Bern 2021, dt/frz., 157 S., brosch., ill., Taschenformat.
(Richtpreis Fr. 26.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 23.40

Die 100 besten Hotels der Schweiz

Werd und Weber, Gwatt 2021, 352 S., (Richtpreis Fr. 49.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 44.10

Auf den Spuren der Literatur

In und um Zürich – Werd und Weber, Gwatt 2021, 370 S., geb., ill.,
(Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 35.10

111 Orte im Kanton Solothurn

die man gesehen haben muss, Emons 2020, 234 S., brosch., ill.,
(Richtpreis Fr. 23.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 21.50

111 Orte im Kanton Glarus

die man gesehen haben muss, Emons 2021, 235 S., geb., ill.,
(Richtpreis Fr. 23.90) Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 21.50

Alp- & Berghotels Schweiz

130 Hotelperlen in schönsten Bergregionen, Werd und Weber 2019, 411 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 35.10

Oase im Alltag

Gärten und Freiräume im Thurgau, Bild und Textband, Schwabe, Basel 2021, 175 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 48.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 43.20

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Einsiedeln

Thomas Hürlimann erzählt seine Kindheit und Jugend im Kloster

Thomas Hürlimann

Dieses Hörbuch hat soeben den Deutschen Hörbuchpreis 2021 erhalten. Der Schweizer Schriftsteller Thomas Hürlimann erzählt

aus seiner Jugend. Aufgewachsen in der Enge des doktrinären politischen Katholizismus, wie er auch von seinem Vater, Bundesrat Hans Hürlimann, in der Schweiz verankert wurde, durchlief er die Mittelschule im Kloster Einsiedeln. Anschaulich und spannend, aber auch sehr unterhaltsam berichtet er von seinen Erlebnissen und Streichen. Und von der Prägung, welche die Erziehung im Kloster bewirkte – im Gegensatz zur Weite, welche die gymnasiale Bildung den Klosterschülern vermittelte. Eines der gehaltvollsten und interessantesten Hörbücher überhaupt.

Supposé, Wyk auf Föhr 2020, 2 CDs Hördauer 128 Min., (Richtpreis Fr. 41.50)

Ihr Preis bei «Schweizerzeit» Fr. 37.30

Hörbücher: Bereichernde Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

Dr. C.E. Nyder

Ein Autorenkollektiv beleuchtet, was Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums Davos, mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» anvisiert – im Namen der international tonangebenden Classe politique und eng vernetzt mit der Bürokratie

internationaler Organisationen. Ziel der Funktionärselite ist die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staatsapparaten auf Kosten der Demokratien, des selbständigen Unternehmertums und des Mittelstands. Via Klimakonferenz und mit Menschenrechtsmantel umhüllten internationalen Konferenzen will die selbsternannte Machtelite die Nationalstaaten, die freiheitliche Demokratie und den Wirtschaftswettbewerb ausschalten.

us

Dr. C.E. Nyder: «Great Reset – der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft». Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr.32.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Beat Kappeler – Der Superstaat à Fr. 30.60
 Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben à Fr. 13.50
 Gunter Frank – Der Staatsvirus à Fr. 25.10

Sommer in der Schweiz

- Lieblingsorte Dölf Ogi à Fr. 44.10
 Zürich – Spaziergänge durch 500 Jahre ... à Fr. 35.90
 Bern (Bildband) à Fr. 30.60
 Freiburg / Fribourg – 50 Trouvaillen à Fr. 23.40
 Die 100 besten Hotels der Schweiz à Fr. 44.10
 Auf den Spuren der Literatur à Fr. 35.10
 111 Orte im Kanton Solothurn à Fr. 21.50
 111 Orte im Kanton Glarus à Fr. 21.50

- Alp- & Berghotels Schweiz à Fr. 35.10
 Oase im Alltag à Fr. 43.20

Hörbuch

- Thomas Hürlimann – Einsiedeln à Fr. 37.30

Buchzeichen

- Dr. C.E. Nyder – Great Reset à Fr. 29.25

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(12/11.06.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 11. Juni 2021

Magazin

Ein Leben im Auge des Sturms

Hermann Lei im Gespräch mit Claudio Schmid, Kantonsrat und Strategiechef
SVP Zürich

Freitag, 18. Juni 2021

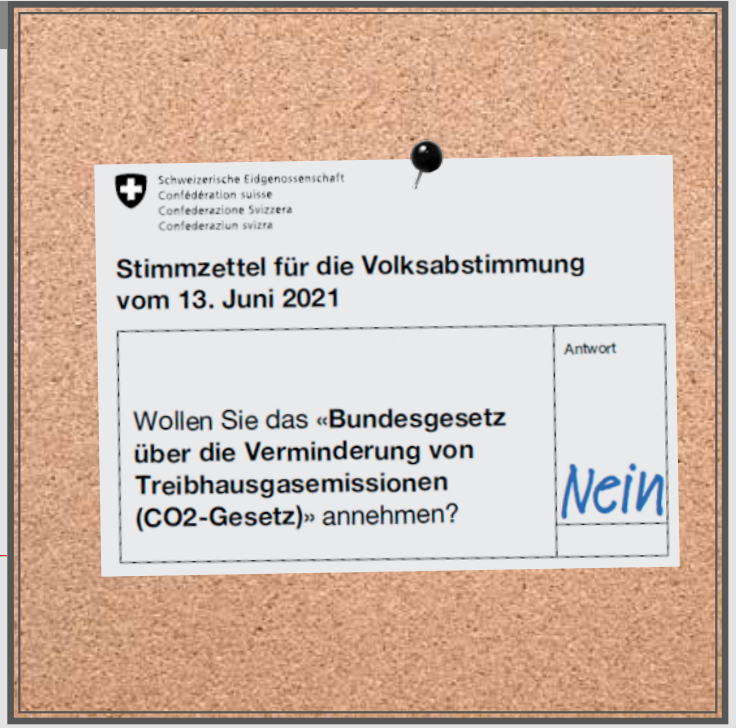
Magazin

Demokratie und Wirtschaftsfreiheit: Auslaufmodell?

Es diskutieren: Ulrich Schliuer und Andi Trüssel, Landrat BL

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

25. Juni 2021

SRG aus den Fugen

Das Rahmenabkommen-Aus vom 26. Mai war ein historischer Entscheid. Auch SRF berichtete darüber auf Hochtouren. Doch in der «Club»-Sendung liess der Staatsender die grösste Partei der Schweiz, die jahrelang allein auf weiter Flur gegen den EU-Unterwerfungsvertrag angekämpft hat, stinkfroh aussen vor. Ein schwer zu rechtfertigendes Manöver, das sich einreicht in eine lange Tradition von links-grünem «Aktivisten-Journalismus» und nun für die SVP das Fass zum Überlaufen brachte.

Seit die No-Billag-Initiative im März 2018 mit über 71 Prozent abgelehnt wurde, haben die SRF-Macher im Leutschenbach das Gefühl, so fest im Sattel zu sitzen wie noch nie. Das garantierte jährliche Milliarden-Budget interpretiert man als Ermächtigung, die Schweiz nach freiem Ermessen zu beglücken. So häufen sich die Fälle politischer Parteinahme und Misswirtschaft. Von der gross angekündigten Demut und von handfesten Einsparungen keine Spur.

Obwohl die SRG trotz Kurzarbeitsentschädigung und zusätzlicher Unterstützungsmillionen durch den Bund im Corona-Jahr 2020 einen Verlust von dreizehn Millionen ausweist, genehmigten sich die SRG-Spitzen üppige Boni. Der mit viel Pomp für 2019 angekündigte Bezug eines neuen «top-modernen SRF-Newsrooms» verschiebt sich derweil erneut – vermutlich auf das Frühjahr 2022. Laut «CH Media»

kosten die Reparaturarbeiten pro Monat rund 400'000 Franken. Jedem, der in der Privatwirtschaft hart arbeiten muss, treibt es die Tränen in die Augen, wenn er sieht, wie liederlich das Staatsfernsehen mit den Zwangsgebühren um sich wirft.

6'000 Personen teilen sich bei der SRG rund 5'000 Vollzeitstellen. Der sehr hohe Durchschnittslohn beträgt 108'000 Franken. Statt Zurückhaltung und Besinnung auf den Kernauftrag grassieren wieder Arroganz und der Drang zu Missionierung und Umerziehung. Gerade die Politik-Formate der SRG scheinen Selbstdarsteller, die ihre persönliche Meinung über das Neutralitätsgebot stellen, magnetisch anziehen. Unverfroren inszenieren sich beispielsweise Arthur Honegger («10 vor 10») und Sandro Brotz («Arena»).

Bei gesellschaftspolitischen Fragen war die einseitige Positionierung unzähliger Mitarbeiter sogar den SRF-Granden zu extrem. Sie verfügten, dass SRF-Mitarbeiter in den Sozialen Medien ihre vielen «Gefällt mir»-Angaben für die «Ehe für alle» entfernen mussten. Auch das ist aber nur eine Aktion für die Galerie – die SRG-Frage lässt sich langfristig nur mit grundsätzlichen Systemanpassungen lösen. Dass die SVP nun eine Initiative prüft, welche die SRG-Gebühren halbiert, ist goldrichtig.

Anian Liebrand

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schliuer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schliuer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Pollelt,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

**Schluss
Punkt** 